ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Gebhardt, Heinz; Kambeck, Rainer; Rappen, Hermann

Research Report

Interkommunale Haushaltsvergleiche: Mittlerer Niederrhein. Modul 1 des Projekts für die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein Krefeld - Mönchengladbach - Neuss. Endbericht - Mai 2007

RWI Projektberichte

Provided in Cooperation with:
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Gebhardt, Heinz; Kambeck, Rainer; Rappen, Hermann (2007) : Interkommunale Haushaltsvergleiche: Mittlerer Niederrhein. Modul 1 des Projekts für die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein Krefeld - Mönchengladbach - Neuss. Endbericht - Mai 2007, RWI Projektberichte, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/70875

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

RWI : Projektberichte

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Interkommunale Haushaltsvergleiche – Mittlerer Niederrhein

Modul 1 des Projekts für die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein
Krefeld – Mönchengladbach – Neuss

Endbericht

RWI
ESSEN

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung

Vorstand:
Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D. (Präsident),
Prof. Dr. Thomas K. Bauer
Prof. Dr. Wim Kösters

Verwaltungsrat:
Dr. Eberhard Heinke (Vorsitzender);
Dr. Dietmar Kuhnt, Dr. Henning Osthues-Albrecht, Reinhold Schulte (stellv. Vorsitzende);
Prof. Dr.-Ing. Dieter Ameling, Manfred Breuer, Christoph Dänzer-Vanotti, Dr. Hans Georg Fabritius, Prof. Dr. Harald B. Giesel, Dr. Thomas Köster, Heinz Krommen, Tillmann Neinhaus, Dr. Torsten Schmidt, Dr. Gerd Willamowski

Forschungsbeirat:
Prof. David Card, Ph.D., Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. Walter Krämer, Prof. Dr. Michael Lechner, Prof. Dr. Till Requate, Prof. Nina Smith, Ph.D., Prof. Dr. Harald Uhlig, Prof. Dr. Josef Zweimüller

Ehrenmitglieder des RWI Essen
Heinrich Frommknecht, Prof. Dr. Paul Klemmer †

RWI : Projektberichte

Herausgeber: Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Hohenzollernstraße 1/3, 45128 Essen
Tel. 0201/81 49-0, Fax 0201/81 49-200, e-mail: rwi@rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2007

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt, Ph.D.

Interkommunale Haushaltsvergleiche – Mittlerer Niederrhein
Modul 1 des Projekts für die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein Krefeld – Mönchengladbach – Neuss

Endbericht – Mai 2007

Projektteam: Heinz Gebhardt, Dr. Rainer Kambeck (Projektleiter), Hermann Rappen

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung

Interkommunale Haushaltsvergleiche – Mittlerer Niederrhein

Modul 1 des Projekts für die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein Krefeld – Mönchengladbach – Neuss

Endbericht – Mai 2007

Projektteam: Heinz Gebhardt, Dr. Rainer Kambeck (Projektleiter), Hermann Rappen

Das Projektteam dankt Karl-Heinz Herlitschke, Lionita Kreptakies, Daniela Schwindt, Heribert Sunderbrink und Marlies Tepaß für die Unterstützung bei der Durchführung des Projekts.

RWI
ESSEN

Inhaltsverzeichnis

1. Problemstellung ... 6

2. Konzeption der Studie ... 8
2.1 Auswahl von Vergleichsgemeinden ... 8
2.1.1 Typisierung der Gemeinden ... 8
2.1.2 Zuordnung der Vergleichsgemeinden ... 12
2.2 Auswahl der finanzwirtschaftlichen Kennziffern ... 14
2.3 Evaluierung der kommunalen Finanzpolitik ... 15
2.4 Datenbasis ... 18

3. Interkommunaler Vergleich ... 19
3.1 Kernstädte in Agglomerationsräumen ... 19
3.2 Unauffällige mittelgroße Städte ... 28
3.3 Prosperierende mittelgroße Städte ... 34

4. Gemeinden unter Konsolidierungsdruck – Mehr Transparenz für eine aktive Bürgerbeteiligung ... 39

Anhang A: Stadtprofile ... 45

Anhang B: Beschreibung der Indikatoren ... 65

Literaturverzeichnis ... 70

Verzeichnis der Abbildungen und Schaubilder

Abbildung 1 Siedlungsstrukturelle Gebietstypen ... 11

Schaubild 1 Deckungsquote des Verwaltungshaushalts in den Kernstädten in Agglomertationsräumeumen ... 21

Schaubild 2 Bedeutung der Auslagerungen1 in den Kernstädten in Agglomerationsräumen ... 23

Schaubild 3 Laufende Primärausgaben der Kernstädte in Agglomerationsräumen ... 24

Schaubild 4 Personalausgabenquote der Kernstädte in Agglomerationsräumen ... 26

Schaubild 5 Deckungsquote des Verwaltungshaushaltes in den unauffälligen mittelgroßen Städten ... 29

Schaubild 6 Laufende Primärausgaben in den unauffälligen mittelgroßen Städtenben in den unauffälligen mittelgroßen Städten 31

Schaubild 7 Personalausgabenquote in den unauffälligen mittelgroßen Städten 32

Schaubild 8 Bedeutung der Auslagerungen in den unauffälligen mittelgroßen Städten 33

Schaubild 9 Bedeutung der Auslagerung in den prosperierenden mittelgroßen Städten 38

Schaubild 10 Laufende Primärausgaben in den prosperierenden mittelgroßen Städten 40

Schaubild 11 Personalausgabenquote in den prosperierenden mittelgroßen Städten 40

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1 Schuldenstand und -struktur der Kernstädte in Agglomerationsräumen 22

Tabelle 2 Pro Kopf- Ausgaben und Zuschussbedarfe je Einwohner 25

Tabelle 3 Entwicklung der Personalintensität 27

Tabelle 4 Entwicklung der Finanzkraft je Einwohner 27

Tabelle 5 Gewerbesteuerproduktivität 27

Tabelle 6 Schuldenstand und –struktur in den unauffälligen mittelgroßen Städten 1995, 2000 und 2005 30

Tabelle 7 Entwicklung der Finanzkraft in den unauffälligen mittelgroßen Städten 34

Tabelle 8 Entwicklung der Deckungsquoten des Verwaltungs haushaltes der prosperierenden mittelgroßen Städte 36

Tabelle 9 Schuldenstand und -struktur in den prosperierenden mittelgroßen Städten 37

Tabelle 10 Entwicklung der Personalintensität 42

Tabelle 11 Entwicklung der Finanzkraft in den prosperierenden mittelgroßen Städten 43

Tabelle 12 Konsolidierungsbedarfe in den IHK-Gemeinden – Ausgewählte Indikatoren 44

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1 Ausgewählte Aufgaben kreisangehöriger Gemeinden 10

Übersicht 2 Städtetypen in Nordrhein-Westfalen 13

Übersicht 3 Vergleichsgruppen (VG) 14

Übersicht 4 Zusammenstellung der Vergleichsgruppen (VG) 15

Übersicht 5 Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept 20

Übersicht 6 Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept 28

Übersicht 7 Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept 35

Übersicht B 1 Grunddaten 66

Übersicht B 2 Finanzielle Leistungsfähigkeit 67

Übersicht B 3 Ressourceneinsatz 69

1. Problemstellung

Die Finanzsituation der Kommunen in Deutschland hat sich insgesamt wesentlich verbessert: Sie erzielten 2006 erstmals nach Jahren wieder einen Budgetüberschuss von fast 3 Mrd. € – dank deutlich gestiegener Einnahmen, insbesondere bei der Gewerbesteuer. Dieser Überschuss führte aber noch nicht zu einem Rückgang der Gesamtverschuldung der Gemeinden. Vor allem das Volumen der Kassenkredite stieg weiter um 3,5 Mrd. € auf nunmehr 27,5 Mrd. € (Deutsche Bundesbank 2007: 8-10). Damit machen diese Schulden, die eigentlich zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe vorgesehen waren, mittlerweile etwa ein Viertel der Gesamtverschuldung der Kommunen aus.

Die nordrhein-westfälischen Gemeinden konnten ebenfalls von der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen profitieren. Ihre Steuereinnahmen nahmen 2006 gegenüber 2005 um 12,9% (Gewerbesteuer: 23,6%) zu, ihre Einnahmen insgesamt (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) allerdings nur um 1,5%. Obwohl sie ihre Ausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) um 0,6% senkten, weisen deshalb die Kommunalhaushalte nach wie vor ein Finanzierungsdefizit in Höhe von 809 Mill. € auf (LDS NRW 2007). Das Finanzierungsdefizit konnte allerdings gegenüber 2005 etwa halbiert werden. Ende 2006 befanden sich noch immer 192 der 427 Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen in der Haushaltssicherung und mussten ergänzend zur Haushaltsplanung für 2007 ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen, aus dem hervorgeht, wie und nach welchem Zeitplan zunächst der originäre Ausgleich des Verwaltungshaushaltes und dann der Abbau der Altfehlbeträge erreicht werden soll. Sogar 114 der 192 Gemeinden sind nicht in der Lage, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorzulegen. Sie müssen deshalb ihren Haushalt nach den Vorschriften für die vorläufige Haushaltsführung bewirtschaften (NRW Innenministerium 2006a: 9).

Die Lösung der kommunalen Haushaltsprobleme wird allerdings seit längerem schon nicht mehr allein in einer reaktiven, eher inkrementalistischen Haushaltspolitik gesehen, sondern in einer grundsätzlichen Reform kommunaler Aufgabenerfüllung. Das sog. „New Public Management“ strebt u.a. eine Verbesserung der internen Informations- und Steuerungsstrukturen der öffentlichen Verwaltungen an. Konkret geht es um den Übergang von der kameralistischen Inputsteuerung zu einer Ziel- und Ergebnissteuerung, wie sie auch das sog. „Neue Kommunale Finanzmanagement“ in Nordrhein-Westfalen anstrebt.

Ein wesentliches Element der politischen Steuerung dieses Übergangs in der Haushaltsbewirtschaftung und in der Bewertung der kommunalen Leistungserbringung ist der Vergleich von Kommunen. Dabei steuern die Kommunen einen Teil dieses Wandels durch Erkenntnisse, die aus der Analyse externer Berater hervorgehen. Bereits seit den neunziger Jahren werden in Deutschland vergleichende Analysen durchgeführt, vor allem angeregt durch die Bertelsmann-Stiftung und die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung[1]. Die Anfang 2003 gegründete Gemeindeprüfungsanstalt NRW stützt ihre überörtliche Prüfung der Gemeinden und Gemeindeverbände ebenfalls auf interkommunale Vergleiche.

Diese Organisationen analysieren und vergleichen systematisch und kontinuierlich das Leistungsangebot der Gemeinden und die internen Verwaltungsprozesse. Ziel ist es dabei, Stärken und Schwächen der Gemeinden im Vergleich zu anderen Gemeinden zu identifizieren und die Erkenntnisse für eine Verbesserung der kommunalen Leistungserbringung zu nutzen. Dabei handelt es sich im Kern um ein Konzept der Selbstevaluation mit der Folge, dass diese interkommunalen Vergleiche häufig als verwaltungsinterne Aufgabe angesehen werden. Trotz dieser notwendigen und in einigen Fällen auch sicherlich erfolgreichen internen Steuerungen von Veränderungen in den Kommunen mangelt es diesem Prozess an Transparenz. Diese ist aber eine Kernvoraussetzung dafür, dass die Bürger Veränderungen und Entwicklungen in ihrer Gemeinde wahrnehmen und beurteilen können. Erst Transparenz liefert den Bürgern Informationen, auf deren Basis sie den politischen Prozess mit ihren Handlungen („exit und voice“) aktiv steuern können. Dies ist nicht zuletzt auch die Begründung für die gesetzliche Fixierung von Budgetgrundsätzen, wie „Vollständigkeit“, „Klarheit“ und „Öffentlichkeit“ (Blankart 2006: 458-462).

Positive Effekte des Wettbewerbs zwischen Gebietskörperschaften kommen nur dann zum Tragen, wenn die Entscheidungen der jeweils verantwortlichen Ebene transparent dargelegt werden. Dies gilt natürlich auch für den Wettbewerb zwischen Kommunen. Geht es um das Funktionieren von Märkten, ist bei den beteiligten Akteuren der Wettbewerb als Kernvoraussetzung weitestgehend akzeptiert. Außerhalb von Marktprozessen, etwa in Politik und Verwaltung, wird der Wettbewerb als Steuerungsinstrument oftmals aber nur mit Vorbehalten angenommen. Die Transparenz von Haushalten wird deshalb nicht von allen Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung gleichermaßen intensiv angestrebt (Kuhlmann 2004: 112).

Die IHK Mittlerer Niederrhein, die knapp 21 000 Unternehmen der Region vertritt, hat das RWI Essen beauftragt, ein Berichtssystem über die Haus-

[1] Einen umfassenden Überblick bietet Kuhlmann (2005).

haltssituation der 19 Gemeinden des Kammerbezirks zu entwickeln. Dieses Berichtssystem soll zwei Teile (Module) umfassen: Erstens die Konzeption und Durchführung eines interkommunalen Vergleichs und zweitens eine gesonderte, detaillierte Analyse der Städtehaushalte Krefeld, Mönchengladbach, Neuss und Viersen. Der erste interkommunale Vergleich ist Gegenstand der vorliegenden Studie. Analysen der Städtehaushalte Neuss und Krefeld wurden bereits vorgelegt. Anliegen der IHK Mittlerer Niederrhein ist es, mit diesen Studien einen Beitrag zur Information der Öffentlichkeit über die finanzwirtschaftliche Situation ihrer Gemeinde – vor allem im Vergleich zu anderen Gemeinden – zu liefern. Dieses Ziel lässt sich am ehesten dann erreichen, wenn die hier begonnenen interkommunalen Vergleiche nicht nur einmalig, sondern kontinuierlich durchgeführt werden. Dabei stehen systematische, wissenschaftliche Standards einhaltende Studien zu solchen Vergleichen noch am Anfang. Insbesondere die Tatsache, dass noch längst nicht alle Daten zur Verfügung stehen, die für eine *umfassende* vergleichende Bewertung von kommunalen Leistungen notwendig wären, setzt hierbei derzeit noch Grenzen. Der vorliegende Bericht konzentriert sich deshalb noch überwiegend auf den Vergleich finanzwirtschaftlicher Kerndaten.

In Kapitel 2 werden die methodischen Grundlagen des interkommunalen Vergleichs dargelegt. Im Einzelnen geht es um die Auswahl der Vergleichsgemeinden (2.1), die Entwicklung finanzwirtschaftlicher Kennziffern (2.2), die Bewertung der kommunalen Finanzpolitik mittels dieser Kennziffern (2.3) und die Datenbasis (2.4). In Kapitel 3 sind die Ergebnisse des interkommunalen Vergleichs für die drei wichtigsten der insgesamt acht gebildeten Vergleichsgruppen ausführlich erläutert. Dabei stehen Kennziffern der finanziellen Leistungsfähigkeit sowie inputorientierte Kennziffern (finanzieller bzw. materieller Ressourcenverbrauch) im Vordergrund. Die Ergebnisse des Vergleichs kleinerer Gemeinden werden in Form von Stadtprofilen im Anhang ausgewiesen. Den Abschluss der Arbeit bildet in Kapitel 4 eine zusammenfassende Bewertung der Untersuchungsergebnisse.

2. Konzeption der Studie

2.1 Auswahl von Vergleichsgemeinden

2.1.1 Typisierung der Gemeinden

Mit dem interkommunalen Vergleich sollen die Haushaltssituation der Gemeinden des Kammerbezirks bewertet, Stärken und Schwächen der einzelnen Kommunen aufgezeigt und letztlich Empfehlungen zu aus unserer Sicht notwendigen Steuerungsmaßnahmen gegeben werden. Um diese Ziele der

Studie erreichen zu können, gilt es im ersten Schritt der Analyse zwischen denjenigen Faktoren zu unterscheiden, die die jeweilige Gemeinde selbst beeinflussen kann, und solchen, die außerhalb ihres Einflussbereichs liegen. Eine solche Unterscheidung ist natürlich nicht trennscharf zu erreichen. Am ehesten ist sie aus unserer Sicht dadurch zu erreichen, dass Gemeinden mit möglichst ähnlichen institutionellen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen verglichen werden.

Dieser Vorgabe folgend wurden die Kommunen des Kammerbezirks nur mit nordrhein-westfälischen Kommunen verglichen. Gegen einen bundesweiten Vergleich spricht vor allem die landesspezifische Aufgabenverteilung zwischen den Bundesländern und ihren Kommunen. Die nordrhein-westfälischen Kommunen übernehmen vergleichsweise viele Aufgaben, weil sich hier auf Grund der hohen Bevölkerungs- und Städtedichte sowie der Kommunalreform leistungsfähige Gemeinden und Gemeindeverbände entwickelt haben. Vergleichsweise hoch ist deshalb in Nordrhein-Westfalen der Kommunalisierungsgrad der öffentlichen Aufgabenerfüllung: Im Jahr 2004 entfielen etwa die Hälfte der bereinigten Gesamtausgaben in NRW auf die nordrhein-westfälischen Gemeinden und Gemeindeverbände; in den anderen Flächenländern liegt dieser Anteil nur bei rund 42%[2]. Die in dieser Studie herangezogenen Vergleichsgemeinden werden deshalb aus den insgesamt 23 kreisfreien Städten und 376 kreisangehörigen Gemeinden Nordrhein-Westfalens ausgewählt.

Grundlage dieser Auswahl ist eine Typisierung der nordrhein-westfälischen Gemeinden, die keinesfalls neu vorgenommen werden musste. Typisierungen liegen bereits in verschiedenen Formen vor. Traditionell knüpfen Sie an dem administrativen Status (also der Verwaltungsorganisation), der Einwohnerzahl, der Zentralität (nach der von Christaller entwickelten „Theorie der zentralen Orte“) und der Funktion der Gemeinde (Universitätsstadt, Industriestadt, etc.) an (Deutsches Institut für Urbanistik 2002: 13ff.). Solche Typisierungen wurden und werden für eine Reihe von Anlässen vorgenommen, etwa für die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs, die Gewährung von Zuschüssen oder die Raumplanung. Die nordrhein-westfälische Kommunalverfassung verknüpft beispielsweise den administrativen Status mit der Größe einer Gemeinde. Zwar sind auch in NRW die meisten Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern „kreisfrei“, aber anders als in anderen Bundesländern gibt es auch Ausnahmen, wie zum Beispiel die Stadt Neuss. Kreisangehörige Gemeinden werden entsprechend ihrer Gemeindegröße danach unterschieden, welche Aufgaben sie wahrnehmen (*Übersicht 1*).

[2] Eigene Berechnung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (2006)

Übersicht 1
Ausgewählte Aufgaben kreisangehöriger Gemeinden

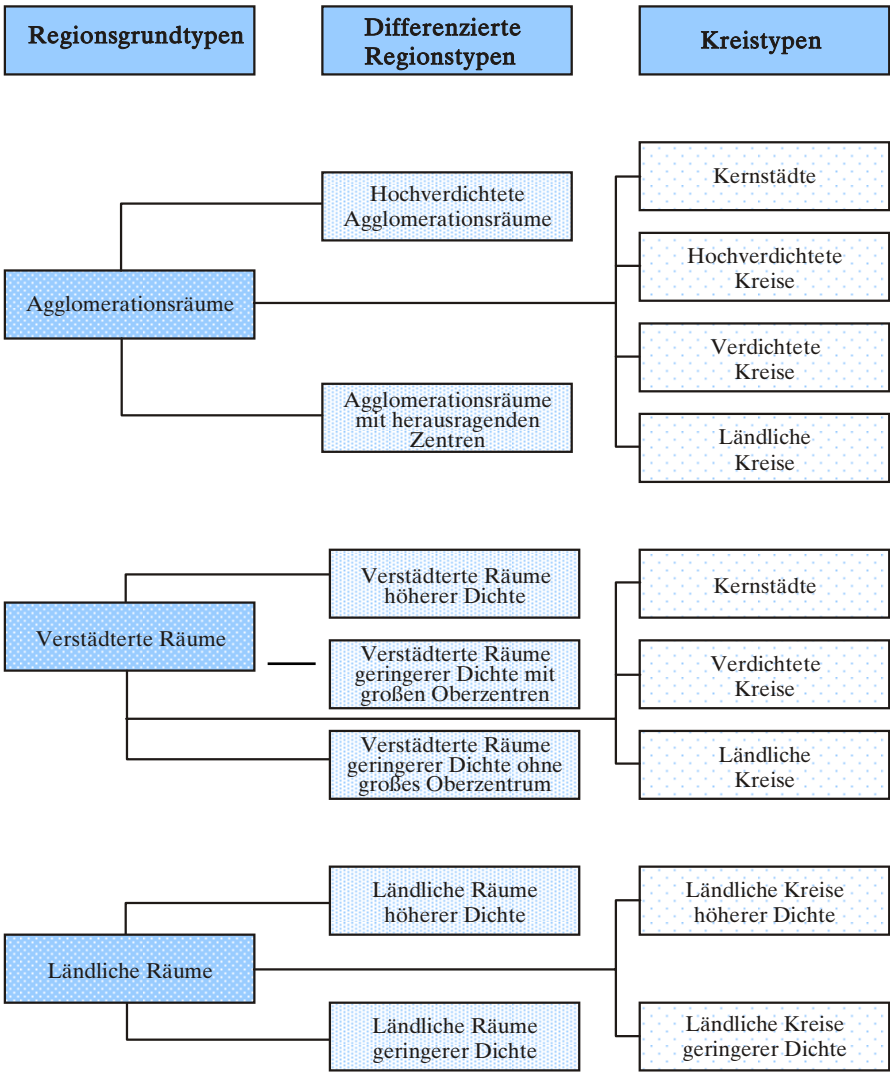
Aufgaben aller kreisangehörigen Gemeinden	• Gewährung von Wohngeld • Aufgaben im Bereich der Renten- und Unfallversicherung • Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs • Überwachung der Vorschriften des Jugendschutzgesetzes und des Jugendarbeitsschutzgesetzes • Entscheidung über die Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht
Zusätzliche Aufgaben mittlerer kreisangehöriger Städte	• Zuständigkeiten als untere Bauaufsichtsbehörde • Einrichtung eines eigenen Jugendamtes (auf Antrag) • Aufgaben des Wohnungsbindungsgesetzes • Träger von Rettungswachen (soweit der Bedarfsplan des Kreises das vorsieht) • Vorhaltung hauptamtlicher Kräfte der freiwilligen Feuerwehr • Errichtung und Unterhaltung eigener Volkshochschulen • Aufgaben der Verkehrslenkung und -sicherung
Zusätzliche Aufgaben großer kreisangehöriger Städte	• Aufgaben als Bewilligungsbehörde im sozialen Wohnungsbau • Aufgaben im Rahmen der Gewerbeüberwachung • Aufgaben nach der Handwerksordnung • Einrichtung von Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse • Örtliche Katastrophenschutzbehörde (auf Antrag) • Überwachung der Einhaltung zulässiger Höchstgeschwindigkeiten im Straßenverkehr an Gefahrenstellen

Eigene Darstellung nach Angaben von Schwabe, Sundermann (1995: 67f.).

Es bietet sich deshalb in einem ersten Schritt an, die Vergleichsgemeinden nach ihrem Verwaltungstypus und nach ihrer Größe auszuwählen. Die Einwohnerzahl ist zwar eine Catch-Variable, die mit anderen Indikatoren des kommunalen Finanzbedarfs wie etwa den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte oder den Personalausgaben hoch korreliert ist (RWI Essen 2001: 50ff.) Sie reicht aber als alleiniges Klassifikationsmerkmal nicht aus, weil die Typenverwandtschaft nicht mehr größenabhängig ist (Boustedt, Dheus 1972: 23f.) Würde die Charakterisierung allein auf Grund der Einwohnerzahl vorgenommen, würden wichtige funktionale und räumliche Dimensionen der Einordnung vernachlässigt (Difu 2002).

Es hat sich deshalb bei interkommunalen Vergleichen durchgesetzt, auf die vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) entwickelten siedlungsstrukturellen Gebietstypen abzustellen (Abbildung 1). Dabei werden auf einer ersten Stufe drei grundlegende Regionstypen klassifiziert: „Agglomerationsräume“, „verstädterte Räume“ und „ländliche Räume“. Innerhalb dieser Regionsgrundtypen unterscheiden sich die Kommunen aber zum Teil noch erheblich, weshalb weitere „differenzierte Regionstypen“ definiert wurden. Schließlich wurde innerhalb der differenzierten Regionstypen weiter nach „Kreistypen“ unterschieden, wobei für diese Zuordnung vor allem die Bevölkerungsdichte eine Rolle spielte.

Abbildung 1
Siedlungsstrukturelle Gebietstypen



Quelle: Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2006).

Eine umfassendere Klassifizierung der nordrhein-westfälischen Gemeinden hat das Difu 2002 im Auftrag der Enquetekommission „Die Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen“ entwickelt. Grundlage war eine Expertenbefragung sowie eine latente Strukturanalyse, die letztlich das Gerüst für die Klassifizierung lieferte. Dabei wurden zahlreiche Indikatoren für die Dimensionen Demographischer Wandel, Wissenskultur/qualifizierte Beschäftigung, Soziale Probleme, Beschäftigung/Branchen, Finanzen/Potenziale und Attraktivität (gemessen am Lebensstandard) herangezogen. Im Ergebnis wurden vom Difu zehn Gemeindetypen definiert, sechs für Mittel- und Großstädte mit mehr als 50 000 Einwohnern und vier für Kleinstädte mit weniger als 50 000 Einwohnern (*Übersicht 2*). Diese Typisierung wird hier aufgegriffen und mit den übrigen Klassifikationskriterien „Gemeindegröße“ und „siedlungsstruktureller Gemeindetyp“ kombiniert. Eine Ausnahme bilden die Kleinstädte, da für sie vielfach keine Zuordnung vorliegt.

2.1.2 Zuordnung der Vergleichsgemeinden

Aus der Kombination aus administrativem und siedlungsstrukturellem Gemeindetyp sowie dem Städtetyp nach Difu werden acht Vergleichsgruppen definiert (*Übersicht 3*), denen die Städte des Kammerbezirks zugeordnet werden (*Übersicht 4*). Krefeld und Mönchengladbach sind kreisfreie Kernstädte in Agglomerationsräumen, die zugleich als altindustrielle Großstädte mit positiven Entwicklungspotenzialen charakterisiert werden. Diese beiden Kriterien erfüllen weitere sechs kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen, die allerdings nicht zur selben Größenklasse (150 000 bis 300 000 Einw.) gehören. Von diesen Städten wurden aber Wuppertal, Bielefeld und Bochum in den Vergleich einbezogen, weil deren Einwohnerzahl nicht zu weit von denen Krefelds und Mönchengladbachs abweicht.

Die Großen kreisangehörigen Städte des Kammerbezirks sind gemäß BBR-Typologie Ober- oder Mittelzentren in hoch verdichteten Kreisen. Dormagen und Grevenbroich werden zudem als „unauffällige mittelgroße Städte“ eingestuft, die von der Einwohnerzahl her am ehesten mit Wesel und Bergheim vergleichbar sind. Viersen und Neuss gelten als „prosperierende mittelgroße Städte“, die größenmäßig am ehesten mit Herford, Troisdorf und Lüdenscheid bzw. Bergisch-Gladbach, Gütersloh und Ratingen vergleichbar sind.

Die Mittleren kreisangehörigen Städte des Kammerbezirks werden drei Gemeindetypen zugeordnet: den attraktiven Wohnstädten in der Nachbarschaft größerer Zentren (Willich, Meerbusch), den unauffälligen kleineren Städten (Kempen, Nettetal) und den attraktiven kleineren Vor- oder

Übersicht 2
Städtetypen in Nordrhein-Westfalen

Mittel- und Großstädte

- *Zentraler Zukunftsstandort, Entwicklungsmotor*
  Oberzentren mit Beschäftigung, insbesondere qualifizierter Beschäftigung, weit über dem Durchschnitt, meist auch überdurchschnittliche Finanzierungspotenziale, aber mit sozialen Problemen und tendenziellem Bevölkerungsrückgang.
- *Prosperierende mittelgroße Stadt*
  Städte mit überdurchschnittlicher Ausprägung bei Beschäftigung und Wissenskultur, zumeist unauffällig bei sozialen Problemen und Bevölkerungsveränderung, Finanzierungspotenziale meist ebenso unauffällig oder positiv, vereinzelt auch sehr attraktive Randlagen neben größeren Städten oder Erholungsstädte.
- *Altindustrielle Großstädte mit pos. Entwicklungspotenzialen (Schwellenstadt)*
  Städte mit überdurchschnittlichen Werten bei Beschäftigung und Wissenskultur, überdurchschnittlichen sozialen Problemen, zumeist geringen Finanzierungspotenzialen, Bevölkerungsrückgang weit über dem Durchschnitt, geringer Attraktivität bzw. geringem Lebensstandard.
- *Unauffällige mittelgroße Stadt*
  Städte mit keinen oder nur wenigen überdurchschnittlichen Faktoren, möglicherweise als Zeichen von Stagnation oder als Durchgangsstadium; eher leicht negative Beschäftigung, Wissenskultur und Attraktivität, eher Bevölkerungsrückgang, eher leicht positiver Indikator für soziale Probleme.
- *Altindustrielle Problemlage*
  Städte mit sozialen Problemen weit über dem Durchschnitt, sehr wenig qualifizierter Beschäftigung und in der Regel Beschäftigungsproblemen, Finanzierungsproblemen und vergleichsweise sehr starkem Bevölkerungsrückgang.
- *Attraktive Wohnstadt in der Nachbarschaft größerer Zentren (Suburb)*
  Städte hoher Attraktivität bei meist vergleichsweise guten Finanzpotenzialen, geringer Beschäftigung, zumeist mit Bevölkerungswachstum.

Kleinstädte

- *Kleinstadt mit positiven Entwicklungspotenzialen*
  Städte mit sehr viel qualifizierter Beschäftigung, geringen sozialen Problemen, mit Bevölkerungswachstum.
- *Unauffällige kleinere Stadt*
  Städte mit nur vereinzelt überdurchschnittlichen Faktoren, teilweise zum Typus „Suburb“ tendierend, gelegentlich mit hoher/hohem Attraktivität/Lebensstandard, aber ohne Bevölkerungswachstum, eher wenig sozialen Problemen, mittlerer Finanzlage leicht über dem Durchschnitt.
- *Benachteiligte Randlage*
  Städte oft in altindustriellen Problemlagen, geringe Beschäftigung, insbesondere wenig qualifizierte Beschäftigung, geringe Attraktivität bzw. geringer Lebensstand, öfter in Zusammenhang mit Bevölkerungsverlusten und geringem Finanzierungspotenzial.
- *Attraktive kleinere Vorort- und Wohnstadt (Suburb)*
  Kleinere Vorortstädte u. ländliche Lagen, wenig soziale Probleme, meist hohe Wohnattraktivität und hohes Bevölkerungswachstum, wenig Beschäftigung, wenig qualifizierte Beschäftigung.

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) 2002: 3ff.

Wohnstädten (Tönisvorst, Korschenbroich und Kaarst). Die Kleinstädte zählen entweder zu den Ober-/Mittelzentren oder den sonstigen kreisangehörigen Gemeinden in hoch verdichteten Kreisen.

Übersicht 3
Vergleichsgruppen (VG)

VG	Typen	Bezug
1	**Kreisfreie Städte**	Admin. Gemeindetyp
	Kernstädte in Agglomerationsräumen	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp (BBR)
	Altindustrielle Großstädte mit pos. Entwicklungspotenzialen	Städtetyp nach Difu
2	**Große kreisangehörige Städte (über 60 000 Einwohner)**	Admin. Gemeindetyp
	Ober-/Mittelzentren in hoch verdichteten Kreisen	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp (BBR)
2a	Unauffällige mittelgroße Städte	Städtetyp nach Difu
2b	Prosperierende mittelgroße Städte	Städtetyp nach Difu
3	**Mittlere kreisangehörige Städte**	Admin. Gemeindetyp
	Ober-/Mittelzentren in hoch verdichteten Kreisen	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp (BBR)
3a	Attraktive Wohnstadt i. d. Nachbarschaft größerer Zentren	Städtetyp nach Difu
3b	Unauffällige kleinere Stadt	Städtetyp nach Difu
3c	Attraktive kleinere Vor- oder Wohnstadt	Städtetyp nach Difu
4	**Kreisangehörige Städte mit 10 000 bis 25 000 Einwohnern (Kleinstädte)**	Admin. Gemeindetyp
4a	Ober-/Mittelzentren in hoch verdichteten Kreisen	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp (BBR)
4b	Sonstige Gemeinden in hoch verdichteten Kreisen	Siedlungsstruktureller Gemeindetyp (BBR)

Eigene Darstellung.

2.2 Auswahl der finanzwirtschaftlichen Kennziffern

In der Praxis existiert eine Reihe von Kennziffern, mit denen kommunale Aktivitäten verglichen und bewertet werden (Schwarting 2006: 222ff.). Die Kennziffern knüpfen sowohl an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden an, wie auch am kommunalen Transformationsprozess. Klassische Kennziffern der finanziellen Leistungsfähigkeit sind etwa die Nettozuführung zum Vermögenshaushalt, der Schuldenstand je Einwohner oder die Steuereinnahmekraft. Der kommunale Transformationsprozess wird vom finanziellen und materiellen Ressourcenverbrauch (Input) und den damit erbrachten Leistung (Output) bestimmt. Ferner beeinflussen die von den öffentlichen Leistungen ausgehenden Wirkungen (Outcome) die Entwicklung einer Stadt. Entsprechend lassen sich input-, output- und outcome-orientierte Kennziffern vergleichen.

Übersicht 4
Zusammenstellung der Vergleichsgruppen (VG)

VG[1]	IHK-Gemeinde	Vergleichsgemeinde
1	Krefeld, Mönchengladbach	Bielefeld, Bochum, Wuppertal
2a	Dormagen, Grevenbroich	Bergheim, Dinslaken, Dorsten, Iserlohn, Moers, Recklinghausen, Velbert, Witten, Wesel
2b	Viersen, Neuss	Bergisch Gladbach, Gütersloh, Herford, Lüdenscheid, Ratingen, Troisdorf
3a	Willich, Meerbusch	Erftstadt, Pulheim, Sankt Augustin
3b	Kempen, Nettetal	Brühl, Bünde, Ennepetal, Erkrath, Frechen, Haan, Heinsberg, Löhne, Mettmann, Plettenberg, Rheda-Wiedenbrück, Wermelskirchen, Werne
3c	Tönisvorst, Korschenbroich, Kaarst	Bornheim, Haltern am See, Hamminkeln, Hennef (Sieg), Herdecke, Königswinter, Leichlingen (Rhld.), Lohmar, Niederkassel, Rheinberg, Rietberg, Wegberg, Sprockhövel
4a	Schwalmtal	Altena, Bedburg, Eitorf, Engelskirchen, Halle (Westf.), Meinerzhagen, Monschau, Radevormwald, Vlotho, Waldbröl, Werdohl, Wipperfürth, Wülfrath, Xanten
4b	Rommerskirchen, Niederkrüchten, Grefrath, Brüggen, Jüchen	Alfter, Alpen, Balve, Bergneustadt, Bönen, Burscheid, Elsdorf, Enger, Fröndenberg/Ruhr, Gangelt, Halver, Harsewinkel, Herzebrock-Clarholz, Holzwickede, Hückeswagen, Hünxe, Kierspe, Kirchlengern, Kürten, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Much, Neuenrade, Neunkirchen-Seelscheid, Nürnbrecht, Odenthal, Reichshof, Rödinghausen, Ruppichteroth, Schalksmühle, Schermbeck, Selfkant, Simmerath, Spenge, Stadtlohn, Steinhagen, Swisttal, Verl, Versmold, Wachtberg, Wassenberg, Werther (Westf.), Windeck

Eigene Auswahl. [1]Einteilung nach Übersicht 3.

In Abhängigkeit der zur Verfügung stehenden Daten konzentriert sich unsere Analyse derzeit (noch) auf Kennziffern der finanziellen Leistungsfähigkeit und auf inputorientierte Kennziffern. Dabei werden grundsätzlich Angaben je Einwohner verwendet, weil die Einwohner einen geeigneten Indikator für den Bedarf an öffentlichen Leistungen darstellen und sie potentielle Steuer- und Gebührenzahler sind.

2.3 Evaluierung der kommunalen Finanzpolitik

Ziel einer jeden Evaluierung von politischen Maßnahmen ist es, den Erfolg einer untersuchten Politik zu ermitteln. Die grundsätzlich bei einer Evaluierung notwendigen Analyseschritte (vgl. hierzu Fertig et al. 2004: 59ff.) las-

sen sich auch auf die Evaluierung der kommunalen Finanzpolitik übertragen; im Wesentlichen sind drei Analyseschritte durchzuführen:

- Ermittlung der Effizienz, d.h. Beantwortung der Frage, welche Leistungen (Output) eine Kommune mit einem bestimmten Ressourceneinsatz angeboten hat. Ein solcher Output kann zum Beispiel die Zahl der pro Kind in einer Gemeinde ausgeliehenen Bücher sein. Der Ressourceneinsatz besteht zum Beispiel in den Personal- oder den Sachausgaben für Bibliotheken. Effizienzanalysen betreffen also immer das Verhältnis von Input und Output.

- Ermittlung der Effektivität, d.h. Beantwortung der Frage, ob die vorgegebenen Ziele der kommunalen Politik mit dem produzierten Output erreicht wurden. Als Ziel muss ein bestimmtes, messbares Ergebnis (Outcome) festgelegt sein, zum Beispiel eine bestimmte, nach objektiven Maßstäben feststellbare Lesekompetenz der Kinder in der Gemeinde. Effektivitätsanalysen betreffen also immer das Verhältnis von Output und Outcome bzw. den Grad der Zielerreichung.

- Ermittlung der Ursachen für die festgestellte Effizienz und Effektivität, d.h. Beantwortung der Frage, welche Faktoren für die ermittelten Ergebnisse verantwortlich waren.

Die Ermittlung von Effektivität und Effizienz bedeutet auf jeden Fall immer, *Netto*wirkungen einer Maßnahme zu beschreiben. Es gilt also herauszufinden, ob der Nutzen einer kommunalpolitischen Maßnahme größer ist als die verursachten Kosten. Kernaufgabe einer jeden Evaluierung ist es dabei, die Wirkung einer Maßnahme von Effekten zu isolieren, die nicht von der Maßnahme induziert wurden. Auf kommunaler Ebene gilt es zum Beispiel, Auswirkungen der Landes- und/oder der Bundespolitik zu berücksichtigen. Dies geschieht in der vorliegenden Studie einerseits durch die Beschränkung auf nordrhein-westfälische Kommunen. Es werden also nur Kommunen in den Vergleich einbezogen, die grundsätzlich denselben Finanzbeziehungen zum Bundesland unterliegen. Durchaus unterschiedlich können sich konjunkturelle Effekte auf die Kommunen auswirken, weil es hier regionale und/oder branchenspezifische Besonderheiten geben kann. Dies begründet noch einmal unsere oben erläuterte mehrdimensionale Typenbildung, die darauf abzielt, „gleiche“ Städte zu vergleichen.

Idealerweise sollen *kausale* Beziehungen zwischen der Kommunalpolitik und dem als Erfolg definierten Output identifiziert werden. Eine solche systematische Politikevaluierung setzt allerdings eine hinreichend gute Datenlage voraus. In der vorliegenden Studie stehen einstweilen „lediglich“ ausgewählte finanzwirtschaftliche Kennzahlen zur Verfügung. Vor allem über die von den Kommunen aus dem Kernhaushalt ausgelagerten Leis-

tungserbringungen werden erst in den nächsten Jahren mit der Vorlage umfassender Bilanzen („Konzernbilanzen") der Kommunen weitere, für die Evaluierung wichtige Daten vorliegen. Zudem fehlen bis heute Daten, die flächendeckend darüber Auskunft geben, wie die Bürger die Leistungen der Kommunen bewerten. Es gilt also, sich auf das derzeit Machbare zu konzentrieren. Der vorliegende Bericht bewertet folglich in erster Linie die Sicherung des finanzpolitischen Handlungsspielraums, weil hierzu auf die ermittelten finanzwirtschaftlichen Kerndaten zurückgegriffen werden kann. Dabei geht es zunächst um die Aufdeckung signifikanter Unterschiede in der finanziellen Leistungsfähigkeit und des Ressourceneinsatzes.

Interkommunale Vergleiche finanzwirtschaftlicher Kennziffern stützen sich im Wesentlichen auf drei Methoden, um signifikante Unterschiede in der finanziellen Situation und der Aufgabenerfüllung aufzudecken:

- *Best Practice*

  Man orientiert sich am Besten der Vergleichsgruppe, wobei im Einzelfall festzulegen ist, ob darunter der höchste oder der niedrigste Wert der jeweiligen Kennziffer zu verstehen ist.

- *Abweichungen vom arithmetischen Mittel*

  Positive wie negative Abweichungen sowie deren Ausmaß müssen für jede Kennziffer inhaltlich bewertet werden. Eine einfache Variante normiert die Abweichungen als Indexwert auf das arithmetischen Mittel (=100). Eine Einstufung divergierender Indikatorausprägungen als zufällig oder systematisch ist allerdings kaum möglich. Es wird deshalb auch auf ein Vielfaches der Standardabweichung abgestellt, um Besonderheiten identifizieren zu können.

- *Ranking mittels Quartilswerten*

  Die oberen 25 % der Rangwerte werden der Spitzengruppe, die nächsten 50 % (bzw. das zweite und das dritte Quartil) werden der Mittelgruppe und die unteren 25 % der Schlussgruppe zugeordnet. Damit wird es zumindest möglich, eine Zuordnung zu Extremgruppen vorzunehmen.

Die Extremgruppenanalyse (arithmetisches Mittel plus/minus Standardabweichung oder Quartilswerte) verspricht den größten Informationsgewinn. Dem steht aber entgegen, dass die Besetzung der Vergleichsgruppen oftmals zu gering ist. Die Streuung um das arithmetische Mittel nimmt bei einer geringen Zahl von Beobachtungswerten zu. Extremwerte haben zudem erheblichen Einfluss auf das Ergebnis. Oberes und unteres Quartil werden wiederum erst ab mindestens 12 oder sogar erst bei mehr als 20 Beobachtungen angegeben (Sachs 2002: 157). In der vorliegenden Studie wird deshalb eine andere Methode verwendet.

Ein erster Maßstab sind die Kennziffern einer fiktiven Vergleichsgemeinde, die aus mehreren Gemeinden mit ähnlichen sozioökonomischen Rahmenbedingungen gebildet wird. Dabei werden Durchschnittswerte verwendet (z.B. Summe der Personalausgaben der Vergleichsgemeinden dividiert durch Summe der Einwohner der Vergleichsgemeinden). Einen zweiten Maßstab liefert die Streuung der Werte innerhalb der jeweiligen Vergleichsgruppe, die die IHK-Gemeinden und die ausgewählten Vergleichsgemeinden umfasst. Liegt die Kennziffer einer Gemeinde außerhalb der mittleren absoluten Abweichung vom Median, wird dieser Wert als auffällig gut oder auffällig schlecht und damit als erklärungsbedürftig eingestuft. Dabei ist natürlich im Einzelfall festzulegen, ob hohe (z.B. Steuereinnahmen je Einwohner) oder niedrige Indikatorwerte (z.B. Schuldenstand je Einwohner) erstrebenswert sind. In den Ergebnistabellen in Kapitel 3 werden in diesem Sinne auffallend gute Werte mit „▲“ und auffallend schlechte Wert mit „▼“ gekennzeichnet.

2.4 Datenbasis

Der interkommunale Vergleich umfasst insgesamt 124 Gemeinden, darunter 19 Gemeinden aus dem IHK-Bezirk. Die hohe Zahl der Vergleichsgemeinden beschränkt eine Einzelauswertung der kommunalen Haushalte auf nur wenige Ausnahmen (siehe Modul 2 des Forschungsauftrages). Der Vergleich stützt sich deshalb im Wesentlichen auf Zeitreihen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen. Im Einzelnen sind dies NRW regional 2006 (DVD), die Landesdatenbank NRW sowie Sonderauswertungen.

Die amtliche Statistik erfasst bislang in erster Linie die kommunalen Einnahmen sowie den Ressourceneinsatz nach Art (z.B. Personalausgaben, Personal, Investitionen) und Funktion (z.B. Schulen, Theater). Dies begrenzt den interkommunalen Vergleich zunächst weitestgehend auf die finanzwirtschaftlichen Kerndaten. Weitere Restriktionen ergeben sich durch die zunehmenden Auslagerungen kommunaler Aktivitäten aus den Kernhaushalten. In Ansätzen konnten rechtlich unselbständige Eigenbetriebe mit Hilfe einer Sonderauswertung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS NRW) in die Analyse einbezogen werden. Die angestrebte Sonderauswertung der Statistik „Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“ konnte dagegen im gegebenen zeitlichen Rahmen noch nicht realisiert werden. Hier wird hilfsweise auf Angaben der Bertelsmann Stiftung zu den Jahren 2003 und 2004 zurückgegriffen. Die Einführung des NKF sollte die Datenlage verbessern, weil es vorschreibt, Ziele messbar zu definieren – etwa in Form von Leistungskennziffern für einzelne Produktgruppen. Dabei sollen auch die aus der Kernverwaltung ausgegliederten Leistungserbringungen erfasst werden.

Der Analysezeitraum der Studie reicht von 1995 bis 2004 bzw. 2005. Dabei werden nicht nur punktuell Querschnittsvergleiche durchgeführt, sondern wo immer möglich auch langfristige Entwicklungen aufgezeigt. Gemeindescharfe Jahresrechnungsergebnisse liegen i. d. R. nur bis 2004 vor, gemeindescharfe Kassenergebnisse – mit Ausnahmen – auch bis 2005.

3. Interkommunaler Vergleich

Der interkommunale Vergleich wurde für alle sechs Vergleichsgruppen durchgeführt. Ausführlich kommentiert werden hier indes nur die Ergebnisse für

- die Kernstädte in Agglomerationsräumen,
- die unauffälligen mittelgroßen Städte und
- die prosperierenden mittelgroßen Städte.

In tabellarischer Form werden die Ergebnisse für die anderen Städte und Gemeinden in den Städteprofilen im Anhang zu dieser Arbeit ausgewiesen.

3.1 Kernstädte in Agglomerationsräumen

Die Haushaltslage der Städte Krefeld und Mönchengladbach, aber auch der Vergleichsgemeinden ist prekär. Sie können ihre Verwaltungshaushalte nicht ausgleichen und befinden sich deshalb in der Haushaltssicherung (Übersicht 5). Krefeld musste bereits 1993, Mönchengladbach 1994 ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen. Krefeld unterlag in den Jahren 2002 bis 2004 sogar dem Nothaushaltsrecht, da die Haushaltssicherungskonzepte nicht genehmigt wurden. Im Jahre 2005 wurde nach Ablauf der Wartezeit von zwei Jahren ein „Neustart“ möglich und das Haushaltssicherungskonzept genehmigt. Krefeld strebt danach einen originären Ausgleich des Verwaltungshaushaltes bis 2009 und einen Abbau der Altfehlbeträge bis 2014 an. Die Haushaltssicherungskonzepte der Stadt Mönchengladbach wurden letztmalig für das Haushaltsjahr 2000 genehmigt. Die Stadt könne keine realistische Prognose über den benötigten Konsolidierungszeitraum vorlegen – so die Bezirksregierung (Bezirksregierung Düsseldorf 2005).

Die Haushalte von Krefeld, Mönchengladbach und Wuppertal sind insbesondere durch strukturelle Defizite belastet. Die Unterdeckungsquote desKrefelder Verwaltungshaushalts erreichte im Jahr 2005 mit 41% einen vorläufigen Höchststand. Dies galt auch für Wuppertal (-37,2%) und Mönchengladbach (-30,4%). In Bielefeld und Bochum war dagegen das struk-

Übersicht 5
Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept (HSK) – Stand 31. Mai 2006

	Genehmigtes Konzept	Beginn des HSK	Originärer Ausgleich	Abbau Altfehlbeträge
Krefeld	Ja	(1993) 2005[a]	2009	2014
Mönchengladbach	Nein	1994	offen	offen
Bielefeld	Ja	2002	2010	2015
Bochum	Nein	2003	2009	2014
Wuppertal	Nein	1998	offen	offen

Eigene Darstellung nach Angaben des Innenministeriums NRW (2006). [a]Neustart.

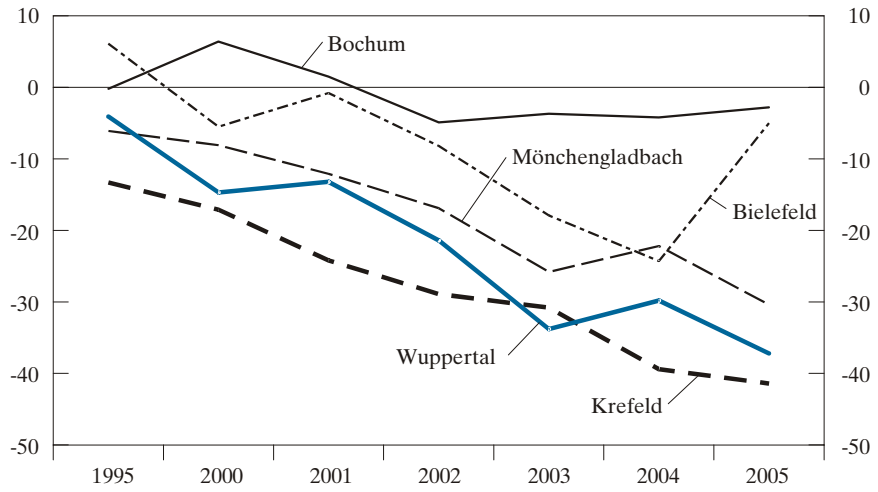
turelle Defizit im Jahr 2005 mit 5 bzw. 2,8% der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushaltes deutlich geringer. In diesen Städten sind zudem Anzeichen einer Trendwende – oder zumindest einer Stabilisierung – zu erkennen (Schaubild 1). Der erhebliche Konsolidierungsbedarf aller Städte schlägt sich nicht nur in steigenden Schuldenständen, sondern vor allem in einer Veränderung der Schuldenstruktur nieder. Der Anteil der (kurzfristigen) Kassenkredite am Schuldenstand insgesamt[3] stieg in allen Gemeinden der Vergleichsgruppe zwischen 1995 und 2005; in Krefeld von knapp einem Fünftel auf ca. 43%, in Mönchengladbach von 6 auf über 50% (Tabelle 1). Die fundierten Schulden je Einwohner nahmen – mit Ausnahme Bochums – ab. Diese Entwicklung ist typisch für kommunale Haushalte, die ihren Verwaltungshaushalt nicht ausgleichen konnten und sich folglich nicht mehr für Investitionen verschulden durften. Fundierte Schulden dürfen nämlich nur im Zusammenhang mit Investitionen aufgenommen werden. Die Entwicklung wurde aber auch von einer zunehmenden Auslagerung kommunaler (Investitions-)Aktivitäten geprägt. Zwischen einem Viertel (Mönchengladbach) und mehr als drei Viertel (Bielefeld) der kommunalen Investitionen wurden 2003 ausgelagert (Schaubild 2).

Weitere Haushaltsrisiken ergeben sich aus der angesprochenen Ausgliederung kommunaler Aufgaben, die sich nicht mehr auf rechtlich unselbständige Eigenbetriebe beschränkt. Die Schulden öffentlicher Fonds, Einrichtungen und Unternehmen stellen für den Gemeindehaushalt ebenfalls ein Risiko dar. Diese Risiken hängen u.a. davon ab, inwieweit die Haftung der Gemeinden beschränkt werden konnte (GmbH, AG) und inwieweit das Vermögen der Betriebe marktfähig ist. Es ist zudem zu beachten, ob es sich um eine per Gesetz festgelegte und damit „originäre“ Aufgabe der Kommunen

[3] Fundierte Schulden und Kassenkredite des Kernhaushalts sowie Schulden der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe.

Schaubild 1

Deckungsquote[1] des Verwaltungshaushalts in den Kernstädten in Agglomertationsräumen
1995 bis 2005; Saldo von Einnahmen und Ausgaben in % des Verwaltungshaushalts



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.
– [1](Bruttoeinnahmen-Bruttoausgaben)*100/Bruttoausgaben.

handelt (z.B. Abwasserbeseitigung) oder um andere, nicht zwingend kommunalwirtschaftliche Aktivitäten, wie etwa die Erzeugung, den Handel und die Versorgung mit Strom. Bei den originären Aufgaben kann sich die Kommune der Aufrechterhaltung des Betriebs nicht entziehen, bei anderen wäre sie keineswegs gezwungen, „frisches“ Geld zur Verfügung zu stellen. Jedenfalls sind diese Risiken anders zu bewerten als die Verschuldung der Kernhaushalte und der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe. Die einfache Zusammenfassung aller Schulden kann deshalb auf Dauer nicht zufrieden stellen. Zurzeit ist es allerdings die einzig praktikable Vorgehensweise.

Der interkommunale Vergleich leidet zudem unter den bereits diskutierten Datenrestriktionen (s.o.), die einen Vergleich nur für das Jahr 2004 zulassen. In diesem Jahr betrug der Anteil der Schulden des kommunalen Kernbereichs (fundierte Schulden und Kassenkredite) an den Gesamtschulden in Krefeld 55,6%, in Mönchengladbach 85,5%, in Bielefeld 23,1%, in Bochum 67,5% und in Wuppertal 49,4% (Schaubild 2). Mit anderen Worten: Die Spannweite der ausgelagerten Schulden ist enorm, mit etwa einem Sechstel im Minimum (Mönchengladbach) und reichlich drei Viertel (Bielefeld) im Maximum der kommunalen Gesamtverschuldung.

Tabelle 1
Schuldenstand und -struktur der Kernstädte in Agglomerationsräumen
1995, 2000 und 2005

	1995	2000	2005
Krefeld			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	2 044	2 313	3 312
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 610	1 756	1 051
Schulden rechtlich unselbständiger Eigenbetriebe in € je Einwohner	28	66	839
Kassenkredite in € je Einwohner	406	491	1 422
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	19,9	21,2	42,9
Mönchengladbach			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 894	2 008	3 279
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 737	1 535	1 634
Schulden rechtlich unselbständiger Eigenbetriebe in € je Einwohner	39	0	0
Kassenkredite in € je Einwohner	118	473	1 645
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	6,2	23,6	50,2
Bielefeld			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	2 419	2 710	2 650
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	2 189	2 341	163
Schulden rechtlich unselbständiger Eigenbetriebe in € je Einwohner	1	274	1 706
Kassenkredite in € je Einwohner	229	95	781
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	9,5	3,5	29,5
Bochum			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 915	2 036	2 853
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 632	1 869	2 227
Schulden rechtlich unselbständiger Eigenbetriebe in € je Einwohner	0	49	43
Kassenkredite in € je Einwohner	283	118	583
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	14,8	5,8	20,4
Wuppertal			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 221	1 595	3 462
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 183	127	554
Schulden rechtlich unselbständiger Eigenbetriebe in € je Einwohner	37	847	788
Kassenkredite in € je Einwohner	0	621	2 121
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	0,0	38,9	61,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS. [1]Einschließlich der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe. - [2]Ohne rechtlich selbständige Auslagerungen.

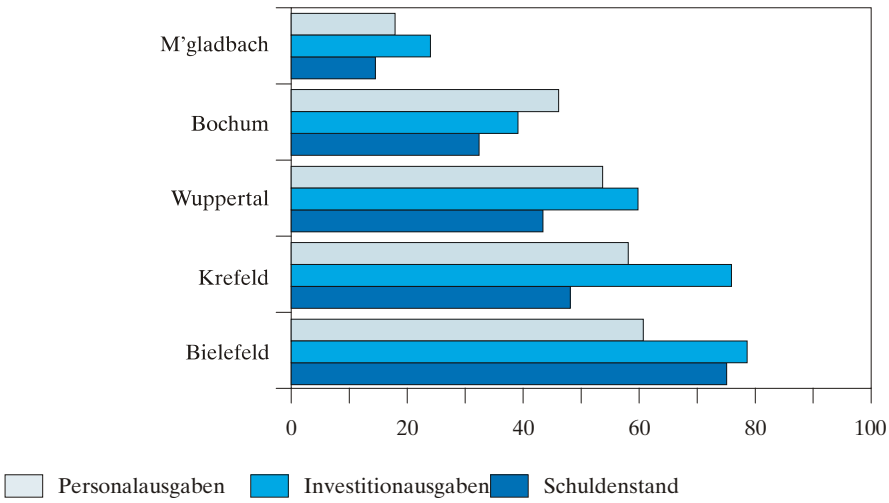
Worin sind nun die Ursachen für die strukturellen Defizite im Kernhaushalt zu sehen? Liegen sie eher in einer überzogenen Ausgabepolitik, in einer ineffizienten Aufgabenerfüllung oder in einer mangelnden Finanzkraft?

Die laufenden Primärausgaben (Ausgaben ohne Zinszahlungen) je Einwohner der Stadt Krefeld lagen von 1995 bis 2004 deutlich über dem Durchschnitt der Vergleichsgemeinden (Schaubild 2); die Dynamik unterscheidet sich allerdings mit einer jahresdurchschnittlichen Zunahme von 3,4% nicht signifikant von der in den Vergleichsgemeinden mit 3,3% p.a. Mönchengladbach weicht dagegen nicht auffallend ab, weist aber mit einem Ausgabenzuwachs von 4,9% p.a. eine deutlich höhere Dynamik auf. Aber auch bei diesem Vergleich ist zu bedenken, dass ein erheblicher Teil der kommunalen Aktivitäten ausgegliedert ist (Schaubild 2). Legt man das Jahr 2003 zu

Schaubild 2

Bedeutung der Auslagerungen[1] in den Kernstädten in Agglomerationsräumen

Personal- u. Investitionsausgeben (2003) und Schuldenstand (2004) in % der Gesamtausgaben



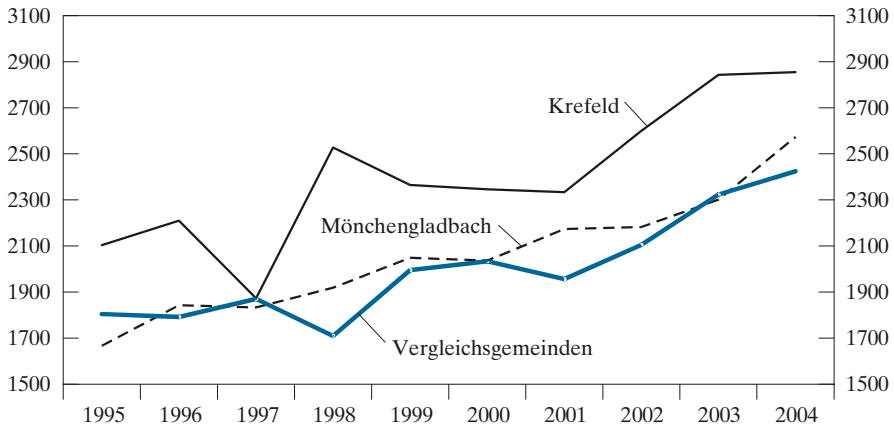
Nach Angaben der Bertelsmann-Stiftung. - [1]Einschließlich der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe.

Grunde, liegen die laufenden Primärausgaben der Stadt Mönchengladbach allerdings im Durchschnitt der Vergleichsgemeinden, obwohl die Ausgliederungen quantitativ von relativ geringer Bedeutung sind (Bezugsgröße für diese Bewertung sind die Personalausgaben). Demnach bedeuten höhere Personalausgaben im Kernhaushalt noch nicht, dass damit insgesamt die laufenden Primärausgaben über dem Durchschnitt liegen müssen – niedrige Verwaltungs- und Betriebsausgaben können hier kompensierend wirken.

Die hohen laufenden Primärausgaben Krefelds können wiederum nicht auf eine geringere Auslagerung kommunaler Aktivitäten zurückgeführt werden. Bielefeld, mit vergleichbarem Umfang der Ausgliederungen, weist 2003 mit 2 257 € je Einwohner deutlich niedrigere Primärausgaben auf als Krefeld mit 2 843 €. Vergleicht man einzelne Aufgabenbereiche (Tabelle 2), so fällt insbesondere die Allgemeine Verwaltung auf. Hier liegen die Ausgaben in Krefeld mit 202 € je Einwohner am höchsten in der Vergleichsgruppe, der Zuschussbedarf je Einwohner ist aber mit 86 € je Einwohner deutlich niedriger als in Wuppertal mit 104 €.

Schaubild 3

Laufende Primärausgaben[1] der Kernstädte in Agglomerationsräumen
1995 bis 2004; in € je Einwohner



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. – [1]Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts abzüglich Zinsausgaben.

Mit Ausnahme von Bochum sind die Personalausgaben je Einwohner (im Kernhaushalt) weniger stark gestiegen als die Bruttoausgaben der Verwaltungshaushalte je Einwohner. In Bielefeld schrumpften sogar die Personalausgaben je Einwohner im Zeitraum 1996 bis 2005 um 2,9% p.a. Krefeld weist dagegen mit plus 1,2 % p.a. die höchste Steigerungsrate auf. Dies ändert aber nichts daran, dass auch in Krefeld wie in Mönchengladbach und dem Durchschnitt der Vergleichsgemeinden die Personalausgabenquote des Verwaltungshaushalts gesunken ist (Schaubild 4). Diese Entwicklung resultiert nicht nur aus einer restriktiven Personalpolitik, sondern auch aus verstärkten Auslagerungen. Im Jahre 2003 machten die Personalausgaben des Krefelder Kernhaushalts nur knapp 42% der gesamten Personalausgaben aus, 58% entstanden in ausgelagerten Einrichtungen und Betrieben (Schaubild 2). In Mönchengladbach fielen dagegen 82% der Personalausgaben im Kernhaushalt an, bei gleichem Ausgabenniveau und niedriger Personalintensität. Die Personalausgaben des Verwaltungshaushalts betrugen im Jahr 2005 in Krefeld und Mönchengladbach 571 bzw. 570 € je Einwohner, die Personalintensität betrug 12 bzw. 10,6 Beschäftigte pro 1 000 Einwohner (Tabelle 3). Die Personalausgaben je Einwohner sind nur in Bielefeld niedriger, wo die größten Auslagerungen in dieser Vergleichsgruppe stattgefunden haben. Mit Ausnahme von Mönchengladbach, wo am wenigsten ausgelagert wurde, korreliert die Höhe der Personalausgaben mit dem Ausmaß der Auslagerungen.

Tabelle 2
Pro Kopf-Ausgaben und Zuschussbedarfe in den Kernstädten in Agglomerationsräumen
2005 in € je Einwohner

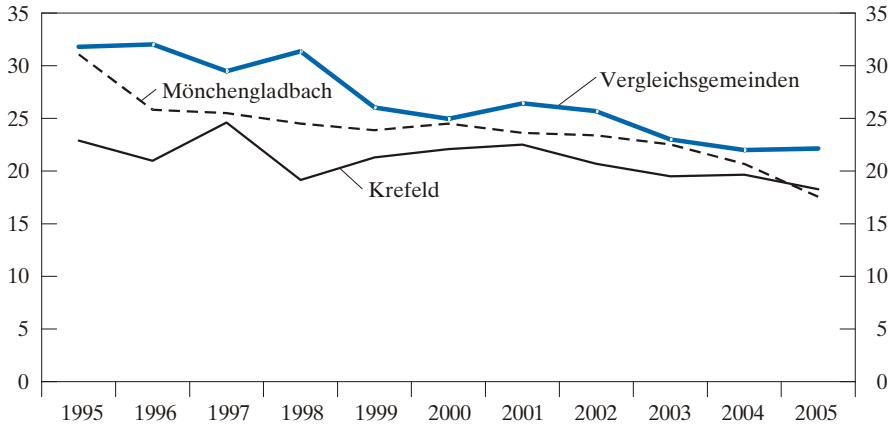
Aufgabenbereich	Pro Kopf-Ausgaben				Zuschussbedarf(-) bzw. Überschuss in € je Einwohner			
	KR	MG	BI	W	KR	MG	BI	W
Allg. Verwaltung	202	146	155	196	-86	-81	-67	-104
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	157	136	126	142	-74	-79	-46	-83
Schulen	160	141	190	197	-140	-133	-180	-185
Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	124	92	124	165	-99	-64	-109	-130
Soziale Sicherung	803	986	1008	861	-551	-629	-620	-680
Gesundheit, Sport, Erholung	93	118	133	141	-73	-87	-93	-120
Bau- und Wohnungswesen	190	301	157	569	-104	-195	-120	-502
Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	183	406	314	360	-10	-13	-8	-18
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Sondervermögen	48	7	18	29	81	85	126	25

Eigene Berechnungen nach Angaben der Gemeinden.

Krefeld hat nicht nur ein vergleichsweise hohes Ausgabenniveau, sondern ist zugleich finanzschwach. Während sich 1995 noch keine Auffälligkeiten zeigten, war Krefeld 2005 offenkundig finanzschwach (Tabelle 4). Die Steuern und steuerähnliche Einnahmen (netto) je Einwohner betrugen im Jahr 1995 noch 728 € und sie stiegen sogar bis zum Jahr 2000 auf 864 €; im Jahr 2005 liegen sie aber nur noch bei 732 €. Verantwortlich hierfür ist der Rückgang des Gewerbesteueraufkommens. Ihr Netto-Aufkommen (Bruttoaufkommen abzüglich der von den Gemeinden zu zahlenden Gewerbesteuerumlage) je Einwohner nahm im gleichen Zeitraum von 327 auf 239 € bzw. um 4,3% p.a. ab[4]. Der Steuermessbetrag je Betrieb sowie das Steueraufkommen je Steuerpflichtigen war im Jahr 2001 im Vergleich zu den anderen Städten auch auffallend niedrig (Tabelle 5). Die Finanzsituation in Mön-

[4] Etwa 0,5%-Punkte davon sind auf die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage zurückzuführen.

Schaubild 4
Personalausgabenquote der Kernstädte in Agglomerationsräumen
1995 bis 2005; Personalausgaben in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.

chengladbach hat sich dagegen innerhalb der Vergleichsgruppe deutlich verbessert. Dass die Stadt Krefeld vor großen Problemen beim Abbau seiner Schulden steht, kommt insbesondere durch folgende Relation zum Ausdruck: Einem Euro Steuereinnahmen stehen fundierte Schulden, Schulden der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe und Kassenkredite von insgesamt 4,52 € gegenüber; in Mönchengladbach sind es „nur“ 3,64 €.

Tabelle 3
Entwicklung der Personalintensität in den Kernstädten in Agglomerationsräumen
1990, 1995, 2000 und 2005

Stadt	1990	1995	2000	2005
	Kernhaushalt			
Krefeld	13,9	13,4	12,9	12,0
Mönchengladbach	14,2	14,1	11,7	10,6
Bielefeld	17,8	16,4	8,4	7,7
Bochum	18,5	15,7	11,9	11,8
Wuppertal	15,4	14,2	11,8	10,9
	Kernhaushalt und rechtlich unselbständige Eigenbetriebe			
Krefeld	19,3	19,0	13,8	12,2
Mönchengladbach	14,8	15,4	12,2	11,1
Bielefeld	22,7	21,8	14,9	13,0
Bochum	18,7	15,7	14,3	14,2
Wuppertal	19,5	15,3	14,2	13,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.

Tabelle 4
Entwicklung der Finanzkraft in den Kernstädten in Agglomerationsräumen
1995, 2000 und 2005 in € je Einwohner

Jahr	Einnahmen	VG	KR	Bewertung[1]	MG	Bewertung[1]
2005	Steuern (netto)	846,1	720,1	▼	890,0	▲
	Schlüsselzuweisungen	337,7	292,6	—	215,0	▼
	Finanzkraft	1 183,8	1 012,8	▼	1 105,0	—
2000	Steuern (netto)	817,1	842,9	—	797,8	▼
	Schlüsselzuweisungen	360,3	267,0	▼	356,0	—
	Finanzkraft	1 177,5	1 109,9	▼	1 153,8	—
1995	Steuern (netto)	725,2	718,1	—	715,43	—
	Schlüsselzuweisungen	294,8	287,3	—	326,8	—
	Finanzkraft	1 020,1	1 005,4	—	1 042,2	▲

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. – [1]Auf Basis der mittleren absoluten Abweichung vom Median.

Tabelle 5
Gewerbesteuerproduktivität in den Kernstädten in Agglomerationsräumen
2001

Stadt	Steuer-pflichtige	Steuermessbetrag je Betrieb/Betriebsstätte		Aufkommen je Steuerpflichtigem	
		in €	Bewertung[1]	in €	Bewertung[1]
Krefeld	8 346	1 569	▼	4 662	▼
Mönchengladbach	9 679	2 309	—	11 268	—
Bielefeld	10 186	2 558	—	12 999	—
Bochum	8 937	2 714	▲	14 028	—
Wuppertal	12 380	2 082	—	8 136	▼
Vergleichsstädte		2 415		11 380	

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. – [1]Auf Basis der mittleren absoluten Abweichung vom Median.

3.2 Unauffällige mittelgroße Städte

Von den elf Gemeinden der Vergleichsgruppe befinden sich acht in der Haushaltssicherung, darunter auch Dormagen und Grevenbroich (Übersicht 6). Grevenbroich steht dabei unter besonderem Konsolidierungsdruck, wenn man die Entwicklung der Deckungsquote des Verwaltungshaushalts betrachtet. Das Defizit belief sich auf 35% der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts, wobei die Unterdeckung seit 2002 nochmals deutlich zugenommen hat (Schaubild 5). Unter den Vergleichsgemeinden sind es Dorsten (-35,5%) und Witten (-47,9%), die ein vergleichbares bzw. ein noch deutlich höheres strukturelles Defizit aufweisen.

Übersicht 6
Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept
Stand 31. Mai 2006

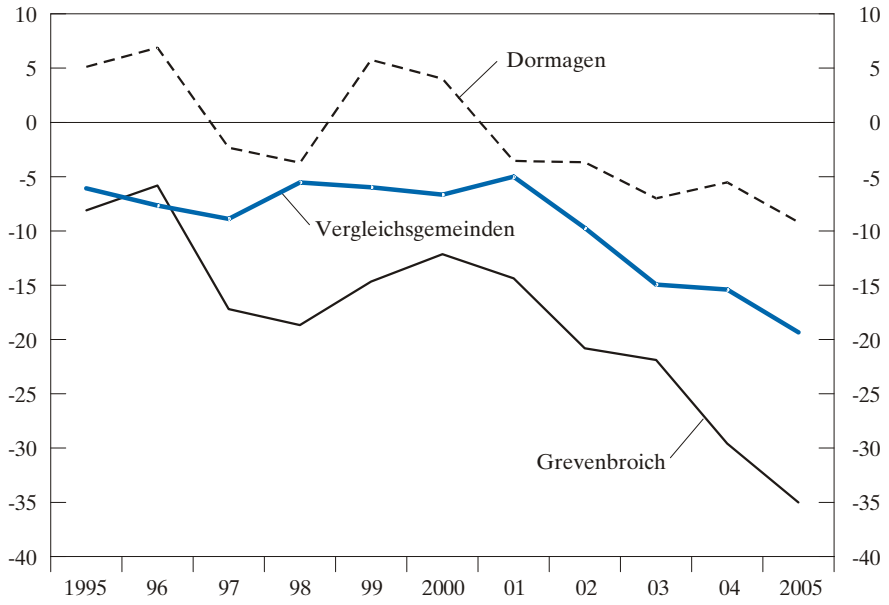
	Genehmigtes HSK	Beginn des HSK	Originärer Ausgleich	Abbau Altfehlbeträge
Dormagen	Ja	2003	2006	2009
Grevenbroich	Nein	2000	2006	2012
Bergheim	Ja	2003	2006	2010
Dinslaken	Ja	2003	2006	2009
Dorsten	Nein	1993	2008	nach 2014
Moers	Nein	1995/2005[a]	2008	2013
Recklinghausen	Nein	1995	2012	Offen
Witten	Nein	1992	offen	2027

Eigene Darstellung nach Angaben des Innenministeriums NRW (2006). [a]Neustart.

Angesichts der zunehmenden strukturellen Defizite ist auch der Schuldenstand der Stadt Grevenbroich gestiegen, wodurch sich die Struktur der Schulden grundlegend verändert hat. Die fundierten Schulden haben sich mehr als halbiert, dafür sind die Kassenkredite dramatisch gestiegen. Sie machten im Jahr 2005 über ein Drittel der Gesamtverschuldung aus (Tabelle 6). In Dormagen sind dagegen die Gesamtschulden je Einwohner zurückgegangen, obwohl auch hier hohe Kassenkredite in Anspruch genommen werden mussten. Im Durchschnitt der Vergleichsgemeinden ist der Gesamtschuldenstand je Einwohner von 1996 bis 2004 um 7,9% p.a. gestiegen, wobei dies in erster Linie auf die Zunahme der Verschuldung der Eigenbetriebe und des Volumens der Kassenkredite zurückzuführen ist. Gemessen an der Steuerkraft, sind die finanzwirtschaftlichen Probleme von Dormagen und Grevenbroich noch eher zu lösen als in den Vergleichsgemeinden. Hier entfallen auf einen Euro Steuereinnahmen 2,30 bzw. 2,54 € Schulden, im Durchschnitt der Vergleichsgemeinden aber 3,60 €, in der Spitze sogar 5,52 € (Dorsten).

Schaubild 5

Deckungsquote[1] des Verwaltungshaushaltes in den unauffälligen mittelgroßen Städten
1995 bis 2005; Saldo in % der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.
– [1](Bruttoeinnahmen-Bruttoausgaben)*100/Bruttoausgaben.

Das strukturelle Defizit Grevenbroichs könnte eine Folge des starken Anstiegs der laufenden Primärausgaben je Einwohner in den Jahren 1996 und 1997 sowie 2003 und 2004 sein; über den gesamten Zeitraum betrug der der Anstieg jahresdurchschnittlich über 3,4% (Schaubild 6). Die Vergleichsgemeinden erhöhten ihre Ausgaben lediglich um durchschnittlich 1,4% p.a.; Dorsten mit vergleichbaren Problemen lag mit einem durchschnittlichen Zuwachs von nur 1,3% sogar noch unter diesem Wert. In Dormagen stiegen die Primärausgaben im Durchschnitt um 2,3% p.a., wobei die Entwicklung durch starke Anstiege in der zweiten Hälfte der 90er Jahre und dann wieder seit 2004 gekennzeichnet ist; zu Beginn dieses Jahrzehnts konnten die Ausgaben je Einwohner hingegen deutlich zurückgeführt werden.

Dabei stiegen in Grevenbroich die Primärausgaben, obwohl ein erheblicher Teil des Personals im Kernhaushalt abgebaut wurde. Die Personalintensität sank von 11,1 im Jahr 2000 auf 7,2 Beschäftigte je 1 000 Einwohner in 2005,

Tabelle 6
Schuldenstand und –struktur in den unauffälligen mittelgroßen Städten
1995, 2000 und 2005

	1995	2000	2005
Dormagen			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 654	1 719	1 540
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 654	1 719	1 406
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	0	0	0
Kassenkredite in € je Einwohner	0	0	134
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	0,0	0,0	8,7
Grevenbroich			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 615	2 036	2 240
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 511	1 573	667
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	0	0	809
Kassenkredite in € je Einwohner	104	463	764
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	6,4	22,8	34,1
Vergleichsgemeinden			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 334	1 576	2 450
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 189	1 272	1 449
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	41	145	375
Kassenkredite in € je Einwohner	105	159	626
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	7,9	10,1	25,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. [1]Einschließlich der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe. - [2]Ohne rechtlich selbständige Auslagerungen.

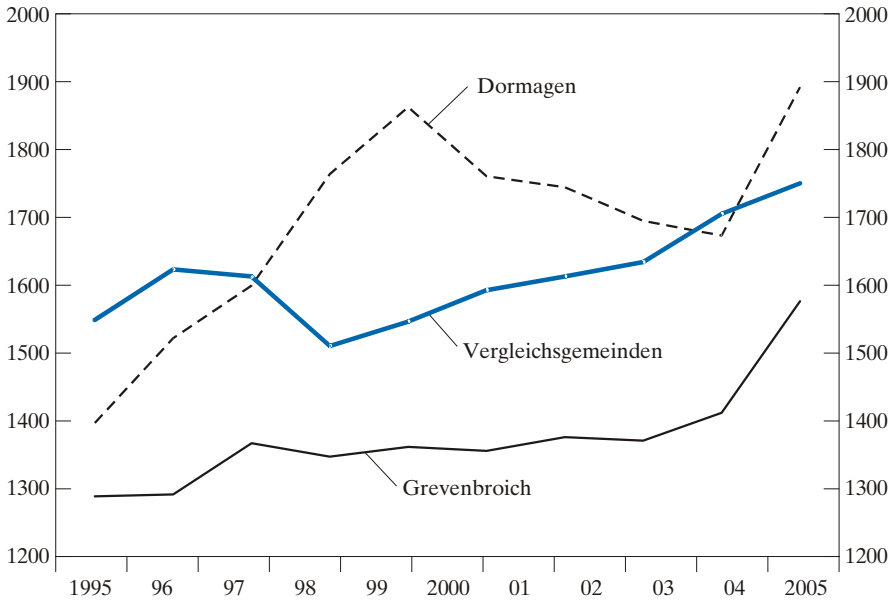
die Personalausgabenquote des Verwaltungshaushaltes von 23,8 auf 18,5% (Schaubild 7). Ursächlich hierfür ist vor allem die Gründung der „Wirtschaftsbetriebe Grevenbroich GmbH“, die zum 1. Januar 2003 städtische Aufgaben (Städtischer Bauhof, Grünflächenpflege, Straßenunterhaltung, Kanalreinigung) übernahm. In Dormagen bewegte sich dagegen die Personalausgabenquote im Jahr 2005 mit 32,2% nach einem vorübergehenden Anstieg wieder auf das Niveau von 1995.

In Dormagen wie in Grevenbroich lag der Anteil der ausgelagerten Personalausgaben im Jahr 2003 mit 6,1 bzw. 10,7% vergleichsweise niedrig (Schaubild 8). Dies dürfte sich in Dormagen allerdings mittlerweile merklich geändert haben, weil eine Reihe von kommunalen Aufgaben ausgelagert wurden: Gegründet wurden die Stadtmarketing und Verkehrsgesellschaft Dormagen, die Dormagener Sozialdienst gGmbH und aktuell die Technischen Betriebe Dormagen sowie der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft.

Dormagen hat sich von einer finanzstarken zu einer finanzschwachen Stadt entwickelt (Tabelle 7). Die städtische Steuerkraft ist eingebrochen: Die

Schaubild 6

Laufende Primärausgaben[1] in den unauffälligen mittelgroßen Städten
1995 bis 2005; in € je Einwohner



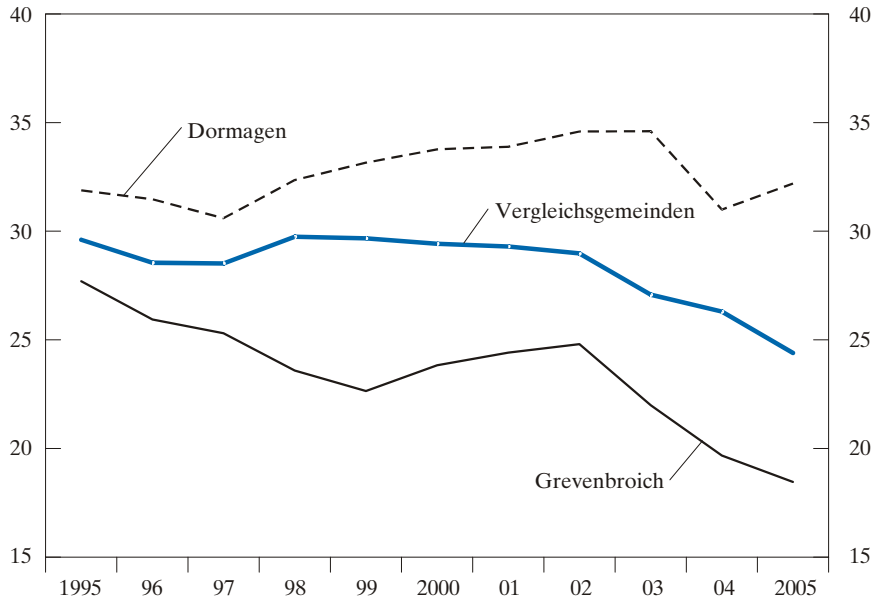
Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. – [1]Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts abzüglich Zinsausgaben.

Steuereinnahmen je Einwohner gingen von 1995 bis 2005 von 787 auf 669 € zurück. Der Rückgang der Steuereinnahmen um 1,8% p.a. ist vor allem einem sinkenden Gewerbesteueraufkommen je Einwohner (-6,1% p.a.), aber auch einem rückläufigen Aufkommen des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer (-2,6% p.a.) geschuldet. Diese negative Entwicklung wurde teilweise durch die Anhebung des Hebesatzes für die Grundsteuer B von 340 auf 398% kompensiert. Eine vergleichbar ungünstige Entwicklung hat es nur noch in Dorsten gegeben. In allen anderen Gemeinden konnte zumindest das Einnahmenniveau von 1995 gehalten werden (Bergheim, Witten) oder es konnte eine Zunahme erzielt werden, wie in der Mehrzahl der Gemeinden. Auch in Grevenbroich stellt sich die Entwicklung der Steuereinnahmen besser dar als in Dormagen. Das Steueraufkommen stieg hier im Zeitraum von 1996 bis 2005 um 1,6% p.a. Dahinter steht ein deutlicher Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen je Einwohner (um 1,9% p.a.) und der Grundsteuer B (um 6.1% p.a.). Der Anstieg des Grundsteueraufkommens wurde hier durch die deutliche Anhebung des Hebesatzes (von 360 auf 420%) bewirkt.

Schaubild 7

Personalausgabenquote in den unauffälligen mittelgroßen Städten

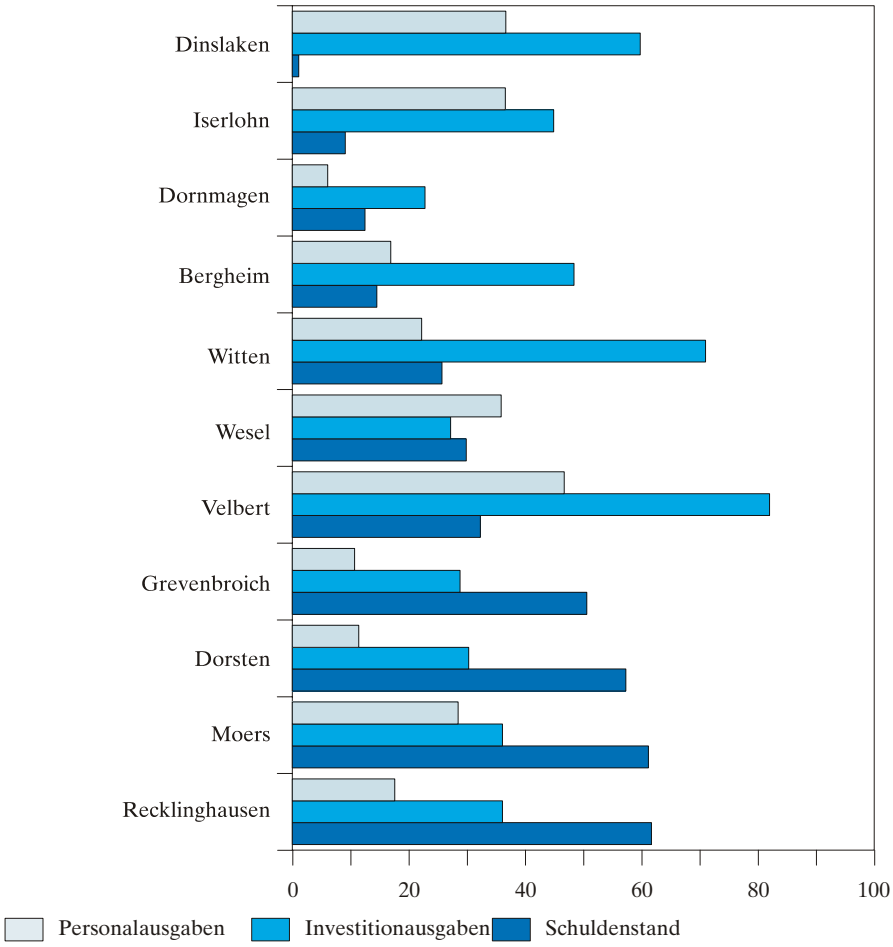
1995 bis 2005; Personalausgaben in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW

Schaubild 8

Bedeutung der Auslagerungen[1] in den unauffälligen mittelgroßen Städten
Personal- u. Investitionsausgeben (2003) und Schuldenstand (2004) in % der Gesamtausgaben



Nach Angaben derBertelsmann-Stiftung. [1]Einschließlich der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe. [2]2004.

Tabelle 7
Entwicklung der Finanzkraft in den unauffälligen mittelgroßen Städten
1995, 2000 und 2005

		Steuern		Schlüsselzuweisungen		Finanzkraft	
		in € je EW	Bewertung	in € je EW	Bewertung[1]	in € je EW	Bewertung[1]
	Dormagen	669	–	154		823	▼
	Grevenbroich	882	▲	88	▼	970	▲
	Bergheim	704	–	182	–	886	–
	Dinslaken	552	▼	269	–	821	▼
	Dorsten	570	▼	349	▲	919	–
2005	Iserlohn	782	–	238	–	1 020	▲
	Moers	662	–	293	–	956	–
	Recklinghausen	578	▼	388	▲	967	–
	Velbert	777	–	99	▼	876	–
	Wesel	862	▲	55	▼	917	–
	Witten	734	–	224	–	959	–
	Dormagen	811	▲	76	▼	887	▼
	Grevenbroich	1 009	▲	60	▼	1 007	▲
	Bergheim	738	–	191	–	911	–
	Dinslaken	609	▼	302	–	887	–
	Dorsten	643	–	334	–	965	–
2000	Iserlohn	697	–	236	–	929	–
	Moers	627	–	338	▲	933	–
	Recklinghausen	628	–	444	▲	1 069	▲
	Velbert	733	–	126	▼	859	▼
	Wesel	814	▲	189	–	977	–
	Witten	703	–	304	–	1 004	–
	Dormagen	787	▲	125	▼	911	▲
	Grevenbroich	768	▲	71	▼	838	▼
	Bergheim	705	–	151	▼	844	–
	Dinslaken	543	▼	300	–	843	–
	Dorsten	590	–	320	▲	896	▲
1995	Iserlohn	667	–	229	–	873	–
	Moers	547	▼	296	–	838	–
	Recklinghausen	547	▼	324	▲	871	–
	Velbert	758	▲	115	▼	871	–
	Wesel	643	–	220	–	863	–
	Witten	733	–	267	–	911	▲

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. –[1]Auf Basis der mittleren absoluten Abweichung vom Median.

3.3 Prosperierende mittelgroße Städte

Die Finanzsituation der prosperierenden mittelgroßen Städte stellt sich insgesamt günstiger dar als in der Gruppe der Kernstädte in den Agglomerationsräumen. Dennoch befinden sich drei von den acht Gemeinden der

Vergleichsgruppe in der Haushaltssicherung (Übersicht 7): Neben Viersen mit einer Unterdeckung des Verwaltungshaushalts von –16,4% im Jahr 2005, handelt es sich um Bergisch-Gladbach (-25,5%) und Lüdenscheid (-4,5%) (Tabelle 8). Die strukturellen Defizite schlagen sich in Viersen und Bergisch Gladbach in erheblichen Kassenkrediten nieder. Sie beliefen sich 2005 auf 41,7 bzw. 23,8% des Schuldenstands.

Übersicht 7
Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept
Stand 31. Mai 2006

Stadt	Genehmigtes Konzept 2006	Beginn des HSK	Originärer Ausgleich	Abbau Altfehlbeträge
Viersen	Nein	2003	offen	offen
Lüdenscheid	Vorläufige Haushalts-führung	2002	offen	offen
Bergisch Gladbach	Nein	2003	2013	offen

Eigene Darstellung nach Angaben des Innenministeriums NRW (2006).

Die fundierten Schulden dieser drei besonders unter Konsolidierungsdruck stehenden Gemeinden sind indes gesunken (Tabelle 9). Dies kann, wie oben bereits erläutert, angesichts von Fehlbeträgen und allenfalls geringen Überschüssen (nur Ratingen mit seinen hohen Überschüssen ist hier eine positive Ausnahme) zwei Gründe haben: Entweder wurden die kommunalen Investitionen reduziert oder ein erheblichen Teil der Verschuldung ausgelagert. Tatsächlich wurden die Sachinvestitionen in Neuss von 1995 bis 2005 mehr als halbiert und in Viersen wurden sie etwa auf ein Drittel des Volumens von 1995 gesenkt. Allerdings haben beide Gemeinden auch ihre Investitionen zu einem erheblichen Teil ausgelagert: 2003 wurden etwa drei Viertel der Investitionen außerhalb des Kommunalhaushaltes getätigt, in Viersen knapp die Hälfte (Schaubild 9).

Es wurde also offensichtlich ein erheblicher Teil der Verschuldung auf Eigenbetriebe ausgelagert. In Bergisch Gladbach stieg etwa die Verschuldung der Eigenbetriebe je Einwohner wegen der Gründung zahlreicher eigenbetriebsähnlicher Einrichtungen (Abfallwirtschaftsbetrieb, Abwasserwerk, GL-Kultur, Städtische Feuerwehr, Stadtgrün sowie Verkehrsflächen und Grundstückswirtschaft) zwischen 1995 und 2005 von 574 auf 1 079 €. Auch Lüdenscheid hat mit dem Transport- und Reinigungsbetrieb Lüdenscheid, dem mittlerweile auch das Stadt- und Grünflächenamt zugeordnet wurde, einen erheblichen Teil der kommunalen Aktivitäten in eine eigenbetriebs-

Tabelle 8
Entwicklung der Deckungsquoten des Verwaltungshaushaltes in den prosperierenden mittelgroßen Städten
1995, 2000 bis 2005

Stadt	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Neuss	-25,6	9,5	-1,3	-3,1	-6,1	9,5	2,6
Viersen	-26,9	5,1	8,0	-5,9	-17,5	-2,8	-16,4
Bergisch Gladbach	-15,8	2,9	-6,7	-3,6	-9,3	-13,3	-25,5
Gütersloh	-22,7	9,8	-4,5	-15,7	2,9	2,2	-2,2
Herford	-11,3	-3,0	-12,1	-8,5	-10,0	-3,0	1,8
Lüdenscheid	-0,9	1,7	-2,1	-0,6	-0,3	-0,2	-4,5
Ratingen	-17,4	27,2	4,8	-3,3	1,8	16,8	24,6
Troisdorf	-29,0	7,0	10,5	5,7	-5,5	1,5	-5,0

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.

ähnliche Einrichtung überführt. Hierauf entfallen aktuell etwa 30% der kommunalen Ausgaben. Die Eigenbetriebe Lüdenscheids wiesen allerdings seit 2003 keine Verschuldung mehr auf. Dies hängt damit zusammen, dass die Stadtentwässerung mit Wirkung vom 1.1.2003 von einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) umgewandelt wurde. In Viersen stieg dagegen die Verschuldung der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe wegen der Neuordnung der Abwasserbeseitigung und der Gründung des Eigenbetriebs „Abwasserbetrieb der Stadt Viersen“ an. Die operative Tätigkeit wurde dem Niederrheinwerk Viersen AG übertragen. Aber auch finanzstarke Städte, wie etwa Neuss, lagern einen erheblichen Teil ihrer Verschuldung durch die Gründung von Eigenbetrieben aus. Bei Neuss ist hier vor allem die Gründung des Eigenbetriebs Stadtentwässerung zu nennen. Mit Beginn des Jahres 2006 wurden weitere 153 Mill. € Verschuldung auf Eigenbetriebe verlagert, indem die Eigenbetriebe Städtische Friedhöfe Neuss und das Gebäudemanagement der Stadt Neuss gegründet wurden.

Trotz des erheblichen strukturellen Defizits stellt sich die Schuldensituation in Viersen unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt weniger dramatisch dar. Die Gesamtverschuldung (fundierte Schulden der Verwaltung, Schulden der Eigenbetriebe und Kassenkredite) belief sich im Jahr 2005 auf 2,36 € je Euro Steuereinnahmen und war damit nur geringfügig höher als in Neuss. Die Situation in Bergisch Gladbach ist dagegen viel prekärer. Hier wäre bereits das Steueraufkommen von mehr als drei Jahren erforderlich, um die gesamten Schulden tilgen zu können (3,26 € Schulden je Euro Steuereinnahmen).

Tabelle 9
Schuldenstand und -struktur in den prosperierenden mittelgroßen Städten
1995, 2000 und 2005

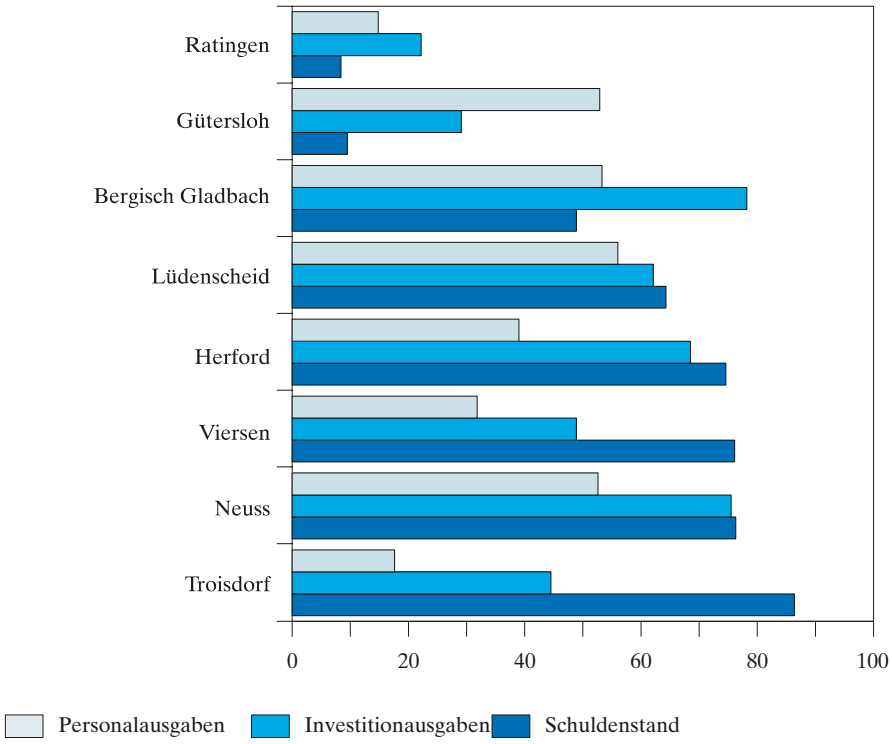
	1995	2000	2005
Neuss			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	2 959	3 183	2 981
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	2 709	952	1 187
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	178	2 179	1 727
Kassenkredite in € je Einwohner	72	52	67
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	2,4	1,6	2,3
Viersen			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 529	1 614	1 591
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 291	1 614	738
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	0	0	663
Kassenkredite in € je Einwohner	238	0	190
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	15,6	0,0	41,7
Bergisch Gladbach			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 627	1 921	2 579
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 053	1 094	887
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	574	769	1 079
Kassenkredite in € je Einwohner	0	58	613
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	0,0	3,0	23,8
Gütersloh			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	883	980	1 079
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	491	975	1 076
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	392	5	3
Kassenkredite in € je Einwohner	0	0	0
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	0,0	0,0	0,0
Herford			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 466	1 339	1 827
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	704	775	1 225
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	762	564	602
Kassenkredite in € je Einwohner	0	0	0
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	0,0	0,0	0,0
Lüdenscheid			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 546	1 484	1 155
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 507	1 286	1 155
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	39	198	0
Kassenkredite in € je Einwohner	0	0	0
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	0,0	0,0	0,0
Ratingen			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 203	1 347	1 337
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 203	1 347	1 337
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	0	0	0
Kassenkredite in € je Einwohner	0	0	0
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	0,0	0,0	0,0
Troisdorf			
Schulden insgesamt in € je Einwohner[1]	1 858	1 781	1 272
Fundierte Schulden der Verwaltung in € je Einwohner	1 858	1 054	1 214
Schulden rechtlich unselbständige Eigenbetriebe in € je Einwohner	0	727	0
Kassenkredite in € je Einwohner	0	0	58
Anteil der Kassenkredite an den Gesamtschulden[2] in %	0,0	0,0	4,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. – [1]Einschließlich der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe. – [2]Ohne rechtlich selbständige Auslagerungen.

Schaubild 9

Bedeutung der Auslagerungen[1] in den prosperierenden mittelgroßen Städten

Personal- u. Investitionsausgeben (2003) und Schuldenstand (2004) in % der Gesamtausgaben



Nach Angaben derBertelsmann-Stiftung. [1]Einschließlich der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe. [2]Eigene Berechnungen.

Die Ausgabenentwicklung der prosperierenden mittelgroßen Städte war deutlich schwächer als in den Kernstädten, wobei dies nicht durch einen größeren Umfang an Auslagerungen erklärt werden kann. Neuss hat die laufenden Primärausgaben je Einwohner im Zeitraum von 1996 bis 2004 um 0,3% jährlich gesenkt, wobei allerdings seit 2002 wieder ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen ist (Schaubild 10). Viersen hat mit 1,4% p.a. einen Zuwachs, der über den Durchschnitt der Vergleichsgemeinden (1,2% p.a.) hinausgeht. Bergisch Gladbach und Lüdenscheid – beides Städte mit hohem Konsolidierungsdruck – steigerten ihre Primärausgaben je Einwohner um 1,2% bzw. um 1,9%. Die Personalausgabenquote ging im Zeitraum von 1995 bis 2005 zurück: in Neuss um 1,3%-Punkte, in Viersen um 1,2%-Punkte sowie in den Vergleichsgemeinden sogar um 3,1%-Punkte (Schau-

bild 11). Dies spiegelt sich auch in einer sinkenden Personalintensität des Kernhaushalts wider (Tabelle 10). Allerdings wurde bei der überwiegenden Zahl der Gemeinden auch ein erheblicher Teil des Personals ausgelagert: In Viersen, Herford, Troisdorf und Ratingen fielen 2003 über die Hälfe der Personalausgaben außerhalb des Verwaltungshaushaltes an (Schaubild 9).

Die Finanzkraft der Stadt Neuss wird nur noch von der Stadt Ratingen übertroffen – dies allerdings deutlich. Die Steuerstärke von Neuss beruht in erster Linie auf den Realsteuern, insbesondere der Gewerbesteuer. Aber auch das Aufkommen der Grundsteuer B hat sich positiv entwickelt (bei unverändertem Hebesatz). Die Finanzkraft von Viersen bewegt sich dagegen im Rahmen der übrigen Gemeinden, wenngleich festzustellen ist, dass Viersen die geringste Steuerkraft in dieser Vergleichsgruppe aufweist. Verantwortlich hierfür ist vor allem das schwache Gewerbesteueraufkommen - trotz der Anhebung des Hebesatzes von 418 im Jahr 1995 auf 450% in 2005. Das Pro Kopf-Aufkommen erreicht nur etwa die Hälfte des Niveaus der fiktiven Vergleichsgemeinde. Das Grundsteueraufkommen B ist für diese Vergleichsgruppe unauffällig, obwohl es im Zuge von Erhöhungen des Hebesatzes deutlich gestiegen ist. Diese Steuerschwäche kann Viersen aber durch die relativ hohen Schlüsselzuweisungen kompensieren.

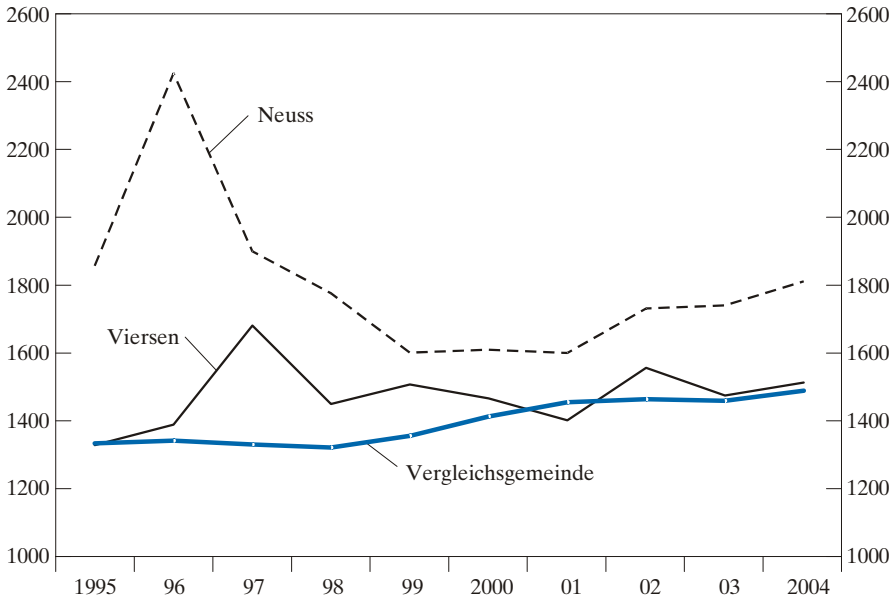
4. Gemeinden unter Konsolidierungsdruck – Mehr Transparenz für eine aktive Bürgerbeteiligung

Neun von neunzehn Gemeinden des IHK-Bezirks befinden sich in der Haushaltssicherung. Davon verfügen lediglich zwei, nämlich Krefeld und Dormagen über ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept. Den Konsolidierungsbedarf und die Schwierigkeiten der Konsolidierung kann man dabei unter zwei Aspekten bewerten: dem strukturellen Defizit und der Verschuldung unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit (Steuerkraft) der Gemeinden.

Das strukturelle Defizit spiegelt sich zum einen in der Deckungsquote des Verwaltungshaushaltes wider, zum anderen in der Bedeutung der Kassenkredite. Nach diesen beiden Kriterien ist die Finanzlage in Krefeld und Korschenbroich besonders kritisch: Der Saldo des Verwaltungshaushalts belief sich 2005 auf -41,4% bzw. -43,7%. Schwierig ist auch die Situation in Grevenbroich (-35%), Mönchengladbach (-30,4%), Rommerskirchen (-21,7%) und Schwalmtal (-20,5%). Die strukturellen Defizite dieser Gemeinden liegen zudem über dem Durchschnitt der Vergleichsgemeinden (Tabelle 12). Die Kassenkredite je Einwohner dieser Gemeinden liegen ebenfalls über dem Durchschnitt der Vergleichsgemeinden – mit Ausnahme von Rommerskirchen und Schwalmtal (Tabelle 12).

Schaubild 10

Laufende Primärausgaben[1] in den prosperierenden mittelgroßen Städten
1995 bis 2004; in € je Einwohner



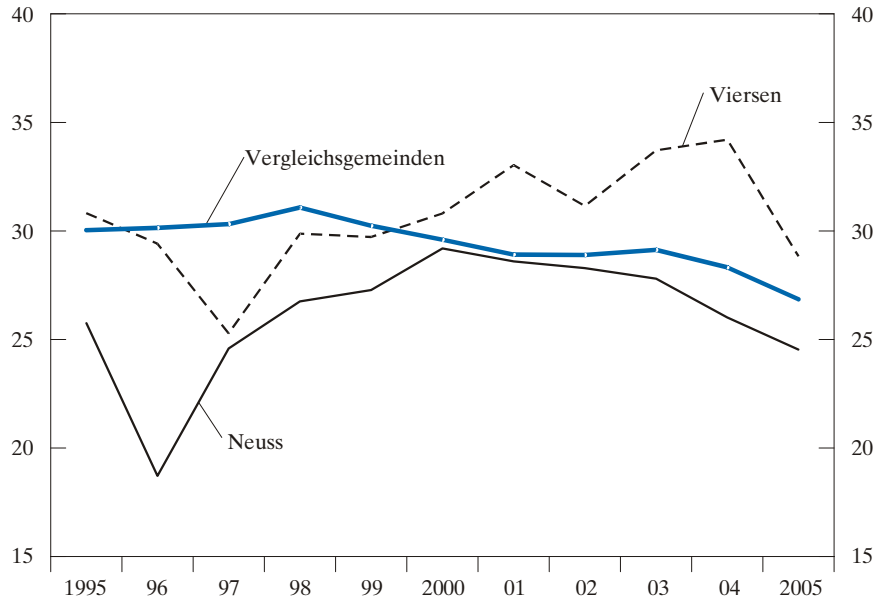
Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. – [1]Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts abzüglich Zinsausgaben.

Der Schuldenstand einer Gemeinde reflektiert nicht nur die aufgelaufenen strukturellen Defizite, sondern ist auch Ausdruck ihrer Investitionstätigkeit. Denn die Fähigkeit, Investitionen mit langfristigen Krediten zu finanzieren, hängt grundsätzlich von der Leistungsfähigkeit einer Gemeinde ab. Es muss sichergestellt sein, dass die zukünftigen Finanzierungslasten einer Kreditaufnahme auch von einer Gemeinde geschultert werden können. Bei der Bewertung einer kommunalen Schuldensituation ist es deshalb notwendig, diese jeweils im Verbund mit der finanziellen Leistungsfähigkeit einer Kommune zu sehen. Daran gemessen ist die Verschuldung in Krefeld und Mönchengladbach in Höhe von 4,52 € bzw. 3,64 € pro Euro Steuereinnahmen problematisch. Krefeld ist zudem deutlich höher verschuldet als die Vergleichsgemeinden (Tabelle 12). Dies gilt auch für Jüchen und Korschenbroich, die im Jahr 2005 etwa das Steueraufkommen von 4½ bzw. 4 Jahren benötigt hätten, um ihre Schulden zu tilgen. Andere Gemeinden mit hohen strukturellen Defiziten, haben dagegen gemessen an ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit noch eher finanziellen Handlungsspielraum. Dies gilt für Schwalmtal und Rommerskirchen.

Schaubild 11

Personalausgabenquote in den prosperierenden mittelgroßen Städten

1995 bis 2005; Personalausgaben in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts



Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.

Bei der Beurteilung der Ausgabenentwicklung in den Kommunalhaushalten muss unbedingt berücksichtigt werden, dass in zunehmendem Maße kommunale Leistungen aus den Kernverwaltungen in Eigenbetriebe (Wirtschaftsbetriebe) und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen, in Anstalten öffentlichen Rechts sowie in privatrechtliche Kapitalgesellschaften ausgelagert werden. Die Folge ist, dass sich diese Aktivitäten nur noch in Zuschüssen, Einlagen oder den Kauf von Dienstleistungen im eigentlichen Kommunalhaushalt niederschlagen. Eine umfassende Bewertung der kommunalen Haushaltslage setzt deshalb eine Sonderauswertung der Statistik „Öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen“ durch das LDS NRW voraus, die für diesen Bericht für den „aktuellen Rand“ noch nicht verfügbar war; für die Jahre 2003 und 2004 wurden aber die Angaben der Bertelsmann-Stiftung ausgewertet. Mit dem Übergang zum NKF und der damit verbundenen Pflicht für die Städte und Gemeinden, konsolidierte Bilanzen (Gesamtbilanzen) vorzulegen, dürfte sich die Datenverfügbarkeit verbessern und der zeitliche Verzug, mit dem die Daten zur Verfügung stehen, verringern.

Tabelle 10
Entwicklung der Personalintensität
1990, 1995, 2000 und 2005

Stadt	1990	1995	2000	2005
	Kernhaushalt			
Neuss	13,8	12,5	10,7	8,6
Viersen	10,3	10,4	10,4	10,1
Bergisch Gladbach	11,1	9,2	6,7	5,1
Gütersloh	10,3	10,4	10,4	10,0
Herford	15,3	12,2	11,0	7,8
Lüdenscheid	14,0	10,6	8,7	8,3
Ratingen	10,3	10,9	10,4	10,0
Troisdorf	12,2	11,0	10,2	9,7
	Kernhaushalt und rechtlich unselbständige Eigenbetriebe			
Neuss	17,9	13,4	12,6	10,2
Viersen	10,4	10,4	10,4	10,1
Bergisch Gladbach	11,1	10,4	9,6	8,8
Gütersloh	21,0	20,7	17,0	16,2
Herford	15,3	12,9	11,0	7,8
Lüdenscheid	14,2	12,2	11,5	10,7
Ratingen	10,5	10,9	10,4	10,0
Troisdorf	13,1	11,0	10,4	9,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW.

Mehr Informationen aus der neuen kommunalen Rechnungslegung (Doppik) bedeuten aber noch nicht automatisch mehr Transparenz in der kommunalen Finanzpolitik. Ob das NKF die Vergleichbarkeit von Kommunen erleichtern wird, wird sich erst im flächendeckenden Haushaltsvollzug nach neuem Haushaltsrecht zeigen. Die vorliegende Studie zeigt, dass es aber auch bei derzeitiger Datenlage und aktuellem Informationsstand möglich ist, die Haushaltsituation von Städten zu vergleichen. Die von uns hierfür zugrunde gelegten Vergleichsgruppen zielen darauf ab, in der Tat nur die „vergleichbaren“ Städte miteinander zu vergleichen. Das bedeutet nicht, dass damit zum Beispiel die Referenz einer „Vorzeigestadt“ verloren gehen muss, nur weil diese eventuell einer anderen Vergleichsgruppe zugeordnet wurde. Im Gegenteil: Solche Vergleiche sind nach wie vor möglich, und der Bezug zu einer anderen Vergleichsgruppe sensibilisiert geradezu dafür, die Kriterien der Zuordnung bei einem Vergleich zu berücksichtigen. In der Regel handelt es sich dabei um Kriterien bzw. Faktoren, die – zumindest nicht unmittelbar – von den aktuellen Entscheidungsträgern vor Ort zu verantworten sind. Der hier vorgelegte Vergleich zielt aber gerade darauf ab, die derzeit Verantwortlichen anzusprechen und den Bürgern sowie den Unternehmen Informationen an die Hand zu geben, die auch tatsächlich zu einer Einflussnahme führen können. Dieses Ziel wird aus unserer Sicht eher

Tabelle 11
Entwicklung der Finanzkraft in den prosperierenden mittelgroßen Städten
1995, 2000 und 2005

		Steuern		Schlüsselzuweisungen		Finanzkraft	
		in € je EW	Bewertung	in € je EW	Bewertung[1]	in € je EW	Bewertung[1]
2005	Neuss	1 319	▲	0	▼	1 319	▲
	Viersen	675	–	230	▲	905	–
	Bergisch Gladbach	790	–	128	▲	918	–
	Gütersloh	741	–	52	–	793	–
	Herford	988	–	77	–	1 065	–
	Lüdenscheid	864	–	73	–	937	–
	Ratingen	1 620	▲	0	▼	1 620	▲
	Troisdorf	796		92	–	888	–
2000	Neuss	1 093	▲	119	–	1 212	▲
	Viersen	711	▼	295	▲	1 006	–
	Bergisch Gladbach	801	–	185	–	986	–
	Gütersloh	939	–	57	▼	996	–
	Herford	912	–	132	–	1 044	–
	Lüdenscheid	860	–	113	–	973	–
	Ratingen	1 500	▲	0	▼	1 500	▲
	Troisdorf	749		209	▲	957	–
1995	Neuss	958	▲	85	–	1 044	▲
	Viersen	641	▼	168	▲	809	–
	Bergisch Gladbach	716	–	141	–	858	–
	Gütersloh	689	–	113	–	802	–
	Herford	868	▲	64	–	931	▲
	Lüdenscheid	804	–	53	–	857	–
	Ratingen	943	▲	0	▼	943	▲
	Troisdorf	683	–	147	▲	830	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. –[1]Auf Basis der mittleren absoluten Abweichung vom Median.

erreicht, wenn Städte verglichen werden, die sich in vergleichbaren Situationen befinden. Die Bereitschaft von Kommunalpolitikern und Bürgern, Erkenntnisse aus interkommunalen Vergleichen aufzunehmen und in ihren Entscheidungen vor Ort zu berücksichtigen, dürfte bei einem solchen Vorgehen deutlich größer sein als bei einem umfassenden Ranking, das sämtliche Städte gleich behandelt.

Ziel der Studie ist es, die Transparenz der kommunalen Finanzpolitik zu erhöhen und damit gleichermaßen eine wissenschaftlich fundierte Politik- wie Bürgerberatung anzubieten. Davon dürften auch die von der IHK Mittlerer Niederrhein vertretenen Unternehmen profitieren – vor allem dann, wenn ein regelmäßiges Berichtssystem über die Haushaltssituation der Kommunen des Kammerbezirks aufgebaut wird.

Tabelle 12
Konsolidierungsbedarfe in den IHK-Gemeinden – Ausgewählte Indikatoren
2005

		Haushalts-sicherungs-konzept		Deckungs quote		Kassen-kredite		Schulden je € Steuer-einnahmen	
		gen.[1]	ng.[2]	G[3]	VG[4]	G[3]	VG[4]	G[3]	VG[4]
Kernstädte in Agglom.räumen	**Krefeld**	X		-41,4	-18,2	1 422	1 159	4,52	3,51
	M'gladbach		X	-30,4	-18,2	1 645	1 159	3,64	3,51
Unauffällige mittelgroße Städte	**Dormagen**	X		-9,2	-19,3	134	626	2,30	3,57
	Grevenbroich		X	-35,0	-19,3	764	626	2,54	3,57
Prosperierende mittelgroße Städte	**Neuss**			2,6	-2,7	67	135	2,26	1,62
	Viersen		X	-16,4	-2,7	190	135	2,36	1,62
Attraktive Wohnstadt in der Nachbar-schaft größerer Zentren	**Meerbusch**			-8,5	-13,4	0	175	2,16	2,64
	Willich			-4,7	-13,4	135	175	1,49	2,64
Unauffällige kleinere Stadt	**Kempen**			-4,5	0,5	0	60	1,73	1,34
	Nettetal			1,2	0,5	15	60	2,91	1,34
Attraktive kleinere Vor- oder Wohnstadt	**Kaarst**			-4,5	-9,9	0	227	0,25	3,50
	Korschenbroich		X	-43,7	-9,9	566	227	4,07	3,50
	Tönisvorst			-12,4	-9,9	0	227	0,92	3,50
Ober-/Mittel-zentren in hoch verdichteten Kreisen	**Schwalmtal**		X	-20,5	-13,3	310	323	1,71	2,64
Sonstige Gemeinden in hoch verdichteten Kreisen	**Brüggen**			-3,9	-8,5	0	171	0,16	2,33
	Grefrath		X	0,5	-8,5	94	171	1,57	2,33
	Jüchen		X	-24,9	-8,5	154	171	4,63	2,33
	Niederkrüchten			-0,8	-8,5	0	171	0,36	2,33
	Rommerskirchen			-21,7	-8,5	159	171	0,54	2,33

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. – [1]genehmigt. - [2]nicht genehmigt. - [3]Gemeinde. - [4]Vergleichsgemeinden.

Anhang A

Stadtprofile

Stadtprofil Krefeld	1995	2000	2005	VG 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	249 872	240 755	238 031	1 073 735	
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	480 872	490 508	435 95		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	554 814	591 879	743 86		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	116 070	94 650	85 85		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	79 649	100 779	66 89		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	596 942	585 158	521 80		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	634 463	692 658	810 76		
Gewerbesteuerhebesatz	440	440	44		
Hebesatz der Grundsteuer B	440	440	47		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	728	864	732	854	▼
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	80 777	97 051	69 611		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	323	403	292	454	▼
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	30 216	33 764	38 498		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	0,74	0,65	0,60	0,40	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	121	140	162	154	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	336	322	272	273	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	46	46	44	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	287	267	303	384	
Finanzkraft je EW	1 016	1 131	1 035	1 238	▼
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	-1,70	41,44	-10,26	-8,50	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % d. Bruttoausgaben d. VWH	-13,3	-17,1	-41,4	-18,2	–
laufende Primärausgaben je EW	2 104	2 346	3 054	2 521	–
Personalausgaben je Einwohner	508	543	571	577	–
Personalintensität	19	14	12	14	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	736	761	642	873	–
Sachinvestition je EW	132	185	109	103	–
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	106	167	86	98	–
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	12	16	20	28	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	17	41	34	25	▲
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	510 738	556 840	788 245		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	1 610	1 756	1 051	1 037	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	28	66	839	800	
Kassenkredite in € je EW	406	491	1 422	1 159	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	2 044	2 313	3 312	2 996	–
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	2,81	2,68	4,52	3,51	▼
Zinsausgaben je EW[1]	117	112	71	85	–
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	58	50	29	39	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des LDS NRW. – [1]Berechnungen liegen Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums NRW. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ guter Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ schlechter Kennzifferwert.

Stadtprofil Möchengladbach	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	265969	263153	261645		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	447487	517019	591377		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	476705	562376	849476		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	53704	57925	76744		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	67383	55288	78962		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	501191	574944	668121		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	544088	617664	928438		
Gewerbesteuerhebesatz	435	450	450		
Hebesatz der Grundsteuer B	380	440	440		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	727	811	902	854	▲
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	94859	95521	141197		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	357	363	540	454	▲
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	26975	35216	37220		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	0,70	0,79	0,79	0,44	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	101	134	142	154	▼
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	328	325	268	273	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	37	37	44	▼
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	327	356	338	384	
Finanzkraft je EW	1054	1167	1240	1238	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	62,14	68,08	73,89	-8,50	▲
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-6,1	-8,1	-30,4	-18,2	–
laufende Primärausgaben je EW	1667	2037	3142	2521	–
Personalausgaben je Einwohner	557	524	570	577	–
Personalintensität	15,4	12,2	11,1	13,7	▲
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	667	668	814	873	–
Sachinvestition je EW	131	110	172	103	▲
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	87	63	112	98	▲
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	16	11	21	28	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	16	36	24	25	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	503856	528307	858030		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	1737	1535	1634	1037	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	39	0	0	799	
Kassenkredite in € je EW	118	473	1645	1159	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	1894	2008	3279	2996	–
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	2,61	2,48	3,64	3,51	–
Zinsausgaben je EW[1]	125	100	105	85	–
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	67	50	32	39	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Dormagen	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	60661	62851	63434	791886	
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	87501	95448	94223		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	83239	91761	103772		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	30910	16414	21252		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	34777	21710	20205		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	118411	111862	115475		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	118016	113471	123977		
Gewerbesteuerhebesatz	96652	97963	101936		
Hebesatz der Grundsteuer B	410	440	440		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	787	811	669	686	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	21347	20434	12650		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	352	325	199	302	▼
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	5958	6816	7718		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	2,46	2,05	2,25	1,08	▲
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	98	108	122	129	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	400	367	316	269	▲
Umsatzsteueranteil je EW	0	38	37	30	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	125	76	193	291	
Finanzkraft je EW	911	887	862	976	▼
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	53,17	39,96	14,29	21,64	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	5,1	4,0	-9,2	-19,3	–
laufende Primärausgaben je EW	1289	1356	1556	1916	–
Personalausgaben je Einwohner	437	493	527	489	▼
Personalintensität	10,9	10,2	9,0	10,9	▲
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	413	846	938	586	▼
Sachinvestition je EW	403	182	151	154	–
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	305	105	87	118	–
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	8	9	17	34	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	55	64	28	20	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	100355	108070	97692		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	1654	1719	1406	1449	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	375	
Kassenkredite in € je EW	0	0	134	626	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	1654	1719	1540	2450	–
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	2,10	2,12	2,30	3,57	–
Zinsausgaben je EW[1]	83	104	80	88	–
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	50	61	52	42	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Grevenbroich	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	63166	64681	64807		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	87321	107089	90087		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	95026	121888	138595		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	20234	25373	13218		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	19944	25164	11446		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	107555	132462	103305		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	114971	147053	150041		
Gewerbesteuerhebesatz	430	450	450		
Hebesatz der Grundsteuer B	360	420	420		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	768	1009	882	686	▲
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	24818	36763	30131		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	393	568	465	302	▲
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	5021	8661	8778		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	2,28	3,43	3,09	1,08	▲
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	79	134	135	129	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	364	351	301	269	▲
Umsatzsteueranteil je EW	0	33	33	30	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	71	60	153	291	
Finanzkraft je EW	838	1069	1035	976	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	29,28	47,56	25,78	21,64	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-8,1	-12,1	-35,0	-19,3	▼
laufende Primärausgaben je EW	1397	1761	2089		▼
Personalausgaben je Einwohner	417	449	395	489	–
Personalintensität	10,8	11,1	7,2		▲
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	530	708	673	586	–
Sachinvestition je EW	206	166	119	154	–
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	188	90	56	118	▼
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	59	25	29	34	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	40	20	5	20	▼
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	102016	131674	145147		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	1511	1573	667	1449	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	0	809	375	
Kassenkredite in € je EW	104	463	764	626	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	1615	2036	2240	2450	–
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	2,10	2,02	2,54	3,57	–
Zinsausgaben je EW[1]	108	124	49	88	▲
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	67	61	35	42	▲

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Neuss	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewer-tung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	148645	149699	151589	512590	
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	318520	277803	302106		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	302181	253592	294381		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	125857	32235	54927		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	126003	52607	92784		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	444377	310038	357033		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	428183	306199	387165		
Gewerbesteuerhebesatz	450	450	450		
Hebesatz der Grundsteuer B	425	425	425		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	958	1092	1319	967	▲
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	78470	86772	137588		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	528	580	908	563	▲
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	20138	23742	26240		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	1,00	0,68	0,78	0,80	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	135	159	173	138	▲
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	388	374	312	323	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	71	70	42	▲
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	85	119	1	127	
Finanzkraft je EW	1044	1212	1321	1094	▲
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	121	131	94	53	▲
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	5,4	9,5	2,6	-2,7	–
laufende Primärausgaben je EW	1864	1618	1879	1616	▼
Personalausgaben je Einwohner	524	495	476	449	–
Personalintensität	13,4	12,6	10,2	10,7	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	686	511	552	444	–
Sachinvestition je EW	477	198	214	173	▲
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	319	102	146	143	–
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	27	3	44	44	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	51	56	46	28	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	439735	476365	451877		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	2709	952	1187	1135	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	178	2179	1727	299	
Kassenkredite in € je EW	72	52	67	135	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	2958	3182	2981	1569	▼
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	3,09	2,91	2,26	1,62	–
Zinsausgaben je EW[1]	169	76	63	58	–
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	61	76	50	46	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Viersen	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewer-tung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	77398	77118	76429	512590	
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	104010	126232	114137		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	111461	120142	136513		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	18575	39700	35451		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	30855	33233	23929		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	122585	165933	149589		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	142316	153376	160442		
Gewerbesteuerhebesatz	418	430	450		
Hebesatz der Grundsteuer B	380	430	450		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	641	711	675	967	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	19925	20709	21851		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	258	269	286	563	–
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	7009	9084	9997		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	2,40	2,98	2,92	0,80	▲
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	91	118	131	138	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	334	320	266	323	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	38	38	42	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	168	295	301	127	
Finanzkraft je EW	809	1006	976	1094	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	56	68	-71	53	▼
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-6,7	5,1	-16,4	-2,7	▼
laufende Primärausgaben je EW	1340	1476	1755	1616	–
Personalausgaben je Einwohner	444	480	515	449	–
Personalintensität	10,4	10,4	10,1	10,7	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	491	503	518	444	–
Sachinvestition je EW	234	214	75	173	▼
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	171	165	71	143	▼
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	90	11	3	44	▼
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	30	10	30	28	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	118362	124480	121643		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	1291	1614	738	1135	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	0	663	299	
Kassenkredite in € je EW	238	0	190	135	▼
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	1529	1614	1592	1569	–
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	2,39	2,27	2,36	1,62	▼
Zinsausgaben je EW[1]	100	82	31	58	▲
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	66	51	33	46	▲

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Meerbusch	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	53784	54926	54493		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	74632	82177	84751		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	74682	77581	92631		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	19646	8028	25513		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	23973	19189	22421		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	94278	90206	110264		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	98655	96770	115052		
Gewerbesteuerhebesatz	430	440	440		
Hebesatz der Grundsteuer B	360	400	400		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	813	914	909	668	▲
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	15252	19242	20808		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	284	350	382	207	▲
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	5297	8087	8181		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	1,84	2,00	1,96	2,08	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	98	147	150	122	▲
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	471	443	422	346	▲
Umsatzsteueranteil je EW	0	28	28	18	▲
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	34	18	1	174	
Finanzkraft je EW	847	932	912	842	▲
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	14,69	74,10	-59,97	7,95	▼
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-0,1	5,9	-8,5	-13,4	–
laufende Primärausgaben je EW	1299	1317	1599	1397	▼
Personalausgaben je Einwohner	408	449	485	455	–
Personalintensität	9,7	9,3	8,9	8,5	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	492	1073	1163	529	▼
Sachinvestition je EW	304	215	308	231	–
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	210	160	234	98	▲
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	47	52	57	26	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	65	27	32	11	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	1280	1442	1968	1314	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	453	
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	1280	1442	1968	1767	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	68855	79215	107250		
Kassenkredite in € je EW	0	0	0	175	–
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	1,58	1,58	2,16	2,64	–
Zinsausgaben je EW[1]	89	96	100	64	–
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	70	66	57	43	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Willich	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	45635	50014	51867		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	60143	72776	76649		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	58786	67837	80449		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	30683	12955	20744		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	26371	20817	19412		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	90826	85731	97393		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	85157	88654	99862		
Gewerbesteuerhebesatz	370	390	410		
Hebesatz der Grundsteuer B	280	330	380		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	612	699	739	668	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	11152	15680	19217		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	244	314	371	207	▲
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	3235	4989	6152		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	2,67	2,86	2,18	2,08	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	71	100	119	122	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	348	314	287	346	▼
Umsatzsteueranteil je EW	0	26	25	18	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	169	163	91	174	
Finanzkraft je EW	781	862	830	842	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	45,62	119,78	52,12	7,95	▲
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	2,3	7,3	-4,7	-13,4	–
laufende Primärausgaben je EW	1238	1311	1494	1397	–
Personalausgaben je Einwohner	429	372	438	455	–
Personalintensität	11,2	9,3	9,7	8,5	▼
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	495	623	649	529	–
Sachinvestition je EW	413	337	246	231	–
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	281	263	195	98	–
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	68	127	72	26	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	48	52	41	11	▲
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	34427	42417	57225		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	754	826	942	1314	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	22	26	453	
Kassenkredite in € je EW	0	0	135	175	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	754	848	1103	1767	▲
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	1,23	1,21	1,49	2,64	▲
Zinsausgaben je EW[1]	51	45	57	64	–
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	67	55	53	43	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Kempen	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	36072	35947	36304		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	51775	56042	56188		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	46591	51447	58807		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	8455	12666	16666		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	13079	16627	17751		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	60230	68708	72854		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	59670	68074	76558		
Gewerbesteuerhebesatz	385	385	403		
Hebesatz der Grundsteuer B	315	330	380		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	740	817	816	915	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	15263	15299	16008		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	423	426	441	548	–
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	2826	3590	4468		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	2,91	3,20	3,31	1,64	▲
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	78	100	123	120	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	327	341	300	296	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	36	35	42	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	138	129	1	72	
Finanzkraft je EW	877	946	818	987	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	120,12	104,43	103,51	28,81	▲
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	11,1	8,9	-4,5	0,5	▼
laufende Primärausgaben je EW	1238	1366	1562	1482	–
Personalausgaben je Einwohner	403	473	523	414	▼
Personalintensität	10,2	10,7	10,0	8,3	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	498	527	574	465	▼
Sachinvestition je EW	316	320	324	159	▲
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	231	231	137	130	–
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	49	70	20	23	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	28	59	21	30	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	31849	43896	51170		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	883	1221	1409	754	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	415	
Kassenkredite in € je EW	0	0	0	60	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	883	1221	1409	1229	–
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	1,19	1,49	1,73	1,34	–
Zinsausgaben je EW[1]	53	65	58	40	▼
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	60	53	41	49	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Nettetal	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	40191	41624	42400		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	46222	52710	55428		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	48220	48411	54794		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	8055	5368	4771		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	7265	7749	6841		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	54278	58078	60199		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	55485	56160	61635		
Gewerbesteuerhebesatz	390	390	400		
Hebesatz der Grundsteuer B	340	340	380		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	600	655	623	915	▼
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	9925	10527	10545		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	247	253	249	548	▼
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	2731	4117	5058		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	5,00	4,23	4,17	1,64	▲
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	68	99	119	120	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	321	310	255	296	▼
Umsatzsteueranteil je EW	0	29	28	42	▼
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	191	251	255	72	
Finanzkraft je EW	791	905	878	987	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	-30,48	102,08	24,53	28,81	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-4,1	8,9	1,2	0,5	–
laufende Primärausgaben je EW	1136	1118	1254	1482	▲
Personalausgaben je Einwohner	293	304	304	414	▲
Personalintensität	7,1	6,4	6,1	8,3	▲
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	303	346	359	465	▲
Sachinvestition je EW	63	81	74	159	▼
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	37	57	52	130	▼
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	20	28	6	23	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	9	13	15	30	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	73512	78251	76909		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	848	737	672	754	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	965	1135	1127	415	
Kassenkredite in € je EW	17	8	15	60	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	1829	1880	1814	1229	▼
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	3,05	2,87	2,91	1,34	▼
Zinsausgaben je EW[1]	64	45	39	40	–
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	74	60	56	49	▼

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Tönisvorst	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	27864	30341	30275		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	30857	36047	34086		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	30104	32288	38908		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	6634	3941	6221		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	4856	4231	4526		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	37490	39988	40308		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	34960	36519	43434		
Gewerbesteuerhebesatz	370	380	403		
Hebesatz der Grundsteuer B	300	315	381		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	577	622	608	631	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	5525	6809	6099		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	198	224	201	229	–
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	1896	2421	3259		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	2,80	2,87	3,27	2,80	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	68	80	108	120	▼
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	348	338	314	293	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	19	19	20	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	189	222	181	184	
Finanzkraft je EW	766	844	789	815	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	29,08	125,59	21,89	21,82	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	2,5	11,6	-12,4	-9,9	–
laufende Primärausgaben je EW	1051	1049	1275	1256	–
Personalausgaben je Einwohner	299	302	354	356	–
Personalintensität	7,6	6,1	6,4	7,0	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	349	428	533	391	▼
Sachinvestition je EW	129	57	54	173	▼
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	75	25	64	157	▼
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	44	2	14	43	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	21	19	32	57	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	23897	21602	17031		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	401	222	122	1153	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	456	490	440	829	
Kassenkredite in € je EW	0	0	0	227	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	858	712	563	2209	▲
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	1,49	1,14	0,92	3,50	▲
Zinsausgaben je EW[1]	30	15	10	58	▲
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	74	69	82	34	▼

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

STADT KORSCHENBROICH Stadtprofil Korschenbroich	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	31426	33738	33545		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	36560	39201	38209		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	38468	40393	67898		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	7087	6088	3120		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	7253	6258	2000		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	43647	45289	41329		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	45721	46650	69898		
Gewerbesteuerhebesatz	400	430	440		
Hebesatz der Grundsteuer B	335	365	400		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	617	660	694	631	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	6681	6907	7234		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	213	205	216	229	–
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	2273	3487	4175		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	3,72	3,11	3,61	2,80	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	72	103	124	120	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	368	364	358	293	▲
Umsatzsteueranteil je EW	0	18	18	20	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	182	151	136	184	
Finanzkraft je EW	798	811	830	815	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	2,06	-29,79	14,36	21,82	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-5,0	-3,0	-43,7	-9,9	▼
laufende Primärausgaben je EW	1141	1106	1928	1256	▼
Personalausgaben je Einwohner	340	311	347	356	–
Personalintensität	8,9	8,4	7,6	7,0	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	302	377	431	391	–
Sachinvestition je EW	173	156	23	173	▼
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	128	99	51	157	▼
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	6	10	4	43	▼
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	46	45	38	57	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	50945	78900	94755		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	1195	1608	1571	1153	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	426	731	688	829	
Kassenkredite in € je EW	0	0	566	227	▼
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	1621	2339	2825	2209	▼
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	2,63	3,55	4,07	3,50	–
Zinsausgaben je EW[1]	83	91	96	58	▼
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	69	57	45	34	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; ▬ unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Kaarst	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	41612	41931	42474		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	50979	55540	56519		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	51685	52828	59158		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	6568	4638	8680		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	6548	9553	7529		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	57547	60178	65198		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	58233	62381	66687		
Gewerbesteuerhebesatz	390	400	444		
Hebesatz der Grundsteuer B	330	340	411		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	688	764	785	631	▲
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	7880	10798	12582		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	189	258	296	229	▲
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	3514	4098	5624		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	1,73	1,72	2,21	2,80	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	84	98	132	120	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	459	428	385	293	▲
Umsatzsteueranteil je EW	0	19	19	20	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	73	133	89	184	
Finanzkraft je EW	761	897	874	815	▲
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	1,38	105,27	14,64	21,82	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-1,4	5,1	-4,5	-9,9	–
laufende Primärausgaben je EW	1232	1254	1386	1256	–
Personalausgaben je Einwohner	329	372	412	356	▼
Personalintensität	8,5	8,2	7,8	7,0	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	379	406	414	391	–
Sachinvestition je EW	132	138	157	173	–
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	115	102	82	157	–
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	2	15	26	43	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	67	24	18	57	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	7233	4169	8467		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	174	99	199	1153	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	829	
Kassenkredite in € je EW	0	0	0	228	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	174	99	199	2209	▲
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	0,25	0,13	0,25	3,50	▲
Zinsausgaben je EW[1]	10	6	7	58	▲
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	55	59	33	34	▲

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; ▬ unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Schwalmtal	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	16883	19093	19334		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	18499	22599	21112		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	19964	22178	26559		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	7723	4633	7951		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	8416	3532	6269		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	26222	27232	29063		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	28380	25710	32828		
Gewerbesteuerhebesatz	410	420	420		
Hebesatz der Grundsteuer B	380	390	390		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	480	534	517	737	▼
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	2407	3478	3380		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	143	182	175	383	▼
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	1310	1959	2086		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	6,22	5,71	4,91	3,06	▲
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	78	103	108	116	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	280	263	243	262	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	15	15	33	▼
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	349	358	344	177	
Finanzkraft je EW	829	892	861	914	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	27,22	-2,74	19,44	-5,31	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-7,3	1,9	-20,5	-13,3	–
laufende Primärausgaben je EW	1133	1122	1336	1453	–
Personalausgaben je Einwohner	271	254	220	333	▲
Personalintensität	8,4	6,4	4,1	6,7	▲
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	344	376	417	488	▲
Sachinvestition je EW	381	111	188	131	▲
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	232	95	82	112	–
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	126	25	23	32	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	91	42	53	34	▲
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	24639	18360	17080		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	611	491	573	992	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	849	431	0	629	
Kassenkredite in € je EW	0	39	310	323	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	1459	962	883	1944	▲
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	3,04	1,80	1,71	2,64	▲
Zinsausgaben je EW[1]	50	40	38	54	–
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	81	75	43	41	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Brüggen	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	14704	15765	16193		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	16428	20064	19456		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	15996	17112	20236		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	8304	1857	2766		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	11769	4954	2119		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	24733	21921	22222		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	27766	22066	22356		
Gewerbesteuerhebesatz	370	380	400		
Hebesatz der Grundsteuer B	300	330	380		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	552	587	555	675	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	3246	3353	3411		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	221	213	211	337	–
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	1119	1429	1896		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	3,67	3,36	4,01	3,88	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	76	91	117	108	▲
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	300	293	245	264	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	20	19	25	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	205	255	255	195	
Finanzkraft je EW	757	842	810	870	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	32,74	164,72	-23,19	48,10	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	2,7	17,3	-3,9	-8,5	–
laufende Primärausgaben je EW	1060	1068	1242	1233	–
Personalausgaben je Einwohner	266	284	271	274	–
Personalintensität	7,0	5,7	5,1	5,3	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	415	504	458	364	–
Sachinvestition je EW	298	194	92	157	–
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	230	80	105	139	–
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	73	10	0	24	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	19	32	53	47	–
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	5250	5068	1439		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	357	319	89	929	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	3	0	462	
Kassenkredite in € je EW	0	0	0	171	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	357	321	89	1557	▲
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	0,65	0,55	0,16	2,33	▲
Zinsausgaben je EW[1]	28	17	7	48	▲
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	77	54	83	44	▼

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Grefrath	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	15323	15973	15976		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	16183	22395	19743		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	16543	20658	19647		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	2418	3281	1966		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	3035	2297	2260		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	18601	25677	21709		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	19578	22955	21907		
Gewerbesteuerhebesatz	390	420	430		
Hebesatz der Grundsteuer B	320	380	400		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	603	699	571	675	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	3855	4611	3136		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	252	289	196	337	–
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	1093	1432	1467		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	3,72	3,69	4,13	3,88	–
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	71	90	92	108	▼
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	311	310	275	264	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	27	27	25	–
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	22	259	263	195	
Finanzkraft je EW	625	958	834	870	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	21,70	81,63	22,87	48,10	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-2,2	8,4	0,5	-8,5	–
laufende Primärausgaben je EW	1011	1239	1185	1233	–
Personalausgaben je Einwohner	246	258	278	274	–
Personalintensität	6,1	5,5	5,2	5,3	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	381	392	445	364	–
Sachinvestition je EW	82	100	82	157	–
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	69	86	58	139	–
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	2	2	1	24	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	7	35	2	47	▼
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	14575	13655	14304		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	911	855	801	929	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	462	
Kassenkredite in € je EW	40	0	94	171	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	951	855	895	1557	–
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	1,58	1,22	1,57	2,33	–
Zinsausgaben je EW[1]	69	54	45	48	–
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	72	63	50	44	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Jüchen	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	22253	22652	22655		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	25099	28800	24301		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	25483	27636	32338		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	9162	8663	14733		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	10655	16034	19303		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	34261	37463	39034		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	36138	43669	51641		
Gewerbesteuerhebesatz	380	440	440		
Hebesatz der Grundsteuer B	290	360	401		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	455	557	519	675	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	2192	3412	3071		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	99	151	136	337	–
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	1184	1875	2229		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	6,25	7,73	6,05	3,88	▲
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	53	83	98	108	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	322	320	279	264	–
Umsatzsteueranteil je EW	0	11	11	25	▼
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	247	218	235	195	
Finanzkraft je EW	702	775	754	870	–
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	13,33	28,71	-22,39	48,10	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	-1,5	4,2	-24,9	-8,5	▼
laufende Primärausgaben je EW	1078	1190	1351	1233	–
Personalausgaben je Einwohner	246	281	290	274	–
Personalintensität	6,1	6,0	6,1	5,3	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	411	414	428	364	–
Sachinvestition je EW	212	623	559	157	▲
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	185	457	216	139	▲
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	16	338	24	24	–
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	63	31	17	47	▼
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	20440	24294	54433		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	919	664	1642	929	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	408	607	462	
Kassenkredite in € je EW	0	0	154	171	–
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	919	1072	2403	1557	▼
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	2,02	1,93	4,63	2,33	▼
Zinsausgaben je EW[1]	67	30	76	48	▼
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	73	45	42	44	–

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Niederkrüchten	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	12692	13995	15389		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	18130	20004	19132		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	15790	17154	19292		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	2386	1596	7245		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	3501	4334	4408		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	20516	21600	26377		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	19291	21489	23700		
Gewerbesteuerhebesatz	350	370	400		
Hebesatz der Grundsteuer B	230	300	380		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	502	489	501	675	—
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	2528	1942	2490		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	199	139	162	337	—
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	602	1138	1870		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	1,58	2,64	1,69	3,88	▼
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	47	81	122	108	▲
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	285	276	232	264	▼
Umsatzsteueranteil je EW	0	15	13	25	—
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	476	452	260	195	
Finanzkraft je EW	978	942	761	870	—
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	178	202	75	48,10	—
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	14,8	16,6	-0,8	-8,5	—
laufende Primärausgaben je EW	1244	1226	1248	1233	—
Personalausgaben je Einwohner	365	379	382	274	▼
Personalintensität	9,7	8,6	7,5	5,3	—
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	421	531	561	364	▼
Sachinvestition je EW	246	271	111	157	—
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	212	241	114	139	—
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	1	24	25	25	—
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	24	84	44	47	—
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	588	11	2807		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	46	1	182	929	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	0	0	462	
Kassenkredite in € je EW	0	0	0	171	—
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	46	1	182	1557	▲
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	0,09	0,00	0,36	2,33	▲
Zinsausgaben je EW[1]	0	0	5	48	▲
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	3	102	28	44	▲

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; — unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Stadtprofil Rommerskirchen	1995	2000	2005	Vergleichs-gemeinden 2005[4]	Bewertung 2005[5]
Einwohner zum 30. Juni	12068	12469	12603		
Haushaltsgrunddaten[1]					
Bruttoeinnahmen Verwaltungshaushalt in 1000 €	13630	14413	14306		
Bruttoausgaben Verwaltungshaushalt in 1000 €	12289	14838	18265		
Bruttoeinnahmen Vermögenshaushalt in 2000 €	1998	3393	6556		
Bruttoausgaben Vermögenshaushalt in 1000 €	2478	3676	3788		
Bruttoeinnahmen Gesamthaushalt in 1000 €	15628	17807	20863		
Bruttoausgaben Gesamthaushalt in 1000€	14768	18514	22053		
Gewerbesteuerhebesatz	360	400	403		
Hebesatz der Grundsteuer B	290	330	381		
Kennzahlen der Einnahmeseite[1]					
Steuern und steuerähnliche Einnahmen je EW	504	549	528	675	–
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in 1000 €	1230	1322	1270		
Gewerbesteuereinnahmen (brutto) je EW	102	106	101	337	–
Einnahmen der Grundsteuer B in 1000 €	657	1072	1341		
Einnahmen der Grundsteuer A je EW	8,95	2,17	11,58	3,88	▲
Einnahmen der Grundsteuer B je EW	54	86	106	108	–
Gemeindeanteil an Einkommensteuer je EW	359	354	311	264	▲
Umsatzsteueranteil je EW	0	10	10	25	▼
Schlüsselzuweisungen vom Land je EW[2]	196	181	177	195	
Finanzkraft je EW	700	731	705	870	▼
Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je EW	38,51	-40,58	-7,08	48,10	–
Kennzahlen der Ausgabenseite[1]					
Über-/Unterdeckung in % der Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts	10,9	-2,9	-21,7	-8,5	▼
laufende Primärausgaben je EW	993	1184	1443	1233	▼
Personalausgaben je Einwohner	280	330	421	274	▼
Personalintensität	7,1	7,6	7,3	5,3	–
Verwaltungs- u. Betriebsausgaben je EW	334	298	357	364	–
Sachinvestition je EW	118	235	231	157	▲
Baumaßnahmen insgesamt je EW[3]	100	180	195	139	▲
Investitionen für Schulen (Baumaßnahmen) je EW[1]	2	8	51	25	▲
Investitionen für Straßen (Baumaßnahmen) je EW[1]	30	108	108	47	▲
Kennzahlen zu Schulden[1]					
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in 1000 €	4547	1591	3578		
Schuldenstand der Verwaltung pro EW	377	128	118	929	
Schuldenstand der Eigenbetriebe je EW (ohne Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen)	0	0	8	462	
Kassenkredite in € je EW	0	0	159	171	▲
Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) je EW	377	128	284	1557	▲
Gesamtschulden pro 1 € Steuern u. steuerähnliche Einnahmen je EW	0,75	0,23	0,54	2,33	▲
Zinsausgaben je EW[1]	26	6	7	48	▲
Zinsen pro 1000 € Schuldenstand	68	44	24	44	▲

Eigene Berechnungen nach Angaben des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik. – [1]Es liegen den Berechnungen die Kassenergebnisse zugrunde, sofern nichts anderes angegeben ist. – [2]Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank und des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen. – [3]Eigene Berechnungen nach Angaben der Landesdatenbank NRW. – [4]Durchschnitt der Vergleichsgemeinden. – [5]Bewertung auf Basis der mittleren absoluten Abweichung von Median. Es bedeuten: ▲ günstiger Kennzifferwert; – unauffälliger Kennzifferwert; ▼ ungünstiger Kennzifferwert.

Anhang B

Beschreibung der Indikatoren

Übersicht B 1
Grunddaten

1.1 Einwohner zum 30. Juni
Die Einwohnerzahl zum Stichtag 30. Juni des jeweiligen Jahres wurde gewählt, um die Veränderung der Einwohnerzahl im Laufe des Jahres zu berücksichtigen.
Datenquelle: Landesdatenbank NRW.

1.2 Bruttoausgaben/-einnahmen des Verwaltungshaushaltes
Summe aller nicht vermögenswirksamer Ausgaben bzw. Einnahmen, bereinigt um bewirtschaftete Fremdmittel, die Gewerbesteuerumlage und haushaltstechnische Verrechnungen; aber einschließlich besonderer Finanzierungsvorgänge (Deckung von Altfehlbeträgen).
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

1.3 Bruttoausgaben/-einnahmen des Vermögenshaushaltes
Summe aller Ausgaben bzw. Einnahmen, die Vermögensänderungen bewirken oder der Finanzierung von Investitionen dienen, bereinigt um bewirtschaftete Fremdmittel, die Gewerbesteuerumlage und haushaltstechnische Verrechnungen; aber einschließlich besonderer Finanzierungsvorgänge.
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

1.4 Bereinigte Ausgaben
Ausgaben ohne Zahlungen von gleicher Ebene, haushaltstechnische Verrechnungen und besondere Finanzierungsvorgänge.
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS NRW.

1.5 Bereinigte Einnahmen
Einnahmen ohne Zahlungen von gleicher Ebene, haushaltstechnische Verrechnungen und besondere Finanzierungsvorgänge.
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS NRW.

1.6 Hebesatz der Gewerbesteuer auf Ertrag
Die Gemeinden setzen jährlich einen Hebesatz in % fest. Er wird durch 100 dividiert und das Ergebnis mit dem Steuermessbetrag (Steuerbemessungsgrundlage) multipliziert. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer auf Ertrag muss mindestens 200 % betragen.
Datenquelle: Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen.

1.7 Hebesatz der Grundsteuer A
Gegenstand der Grundsteuer A ist der Grundbesitz von Betrieben der Land- und Forstwirtschaft. Die Gemeinden setzen jährlich einen Hebesatz in % fest, der durch 100 dividiert und mit dem Grundsteuermessbetrag (Einheitswert* Grundsteuermesszahl) multipliziert wird.
Datenquelle: Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen.

1.8 Hebesatz der Grundsteuer B
Gegenstand der Grundsteuer B sind bebaute und bebaubare Grundstücke. Die Gemeinden setzen jährlich einen Hebesatz in % fest, der durch 100 dividiert mit dem Grundsteuermessbetrag (Einheitswert* Grundsteuermesszahl) multipliziert wird.
Datenquelle: *Landesdatenbank Nordrhein-Westfalen*.

1.9 Vollzeitbeschäftigte
Vollzeitbeschäftigte (Beamte, Angestellte, Arbeiter) im Kernhaushalt und den rechtlich unselbständigen Eigenbetrieben.
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS Nordrhein-Westfalen.

1.10 Teilzeitbeschäftigte
Teilzeitbeschäftigte (Beamte, Angestellte, Arbeiter) im Kernhaushalt und den rechtlich unselbständigen Eigenbetrieben mit mindestens der Hälfte der regulären Wochenarbeitszeit.
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS Nordrhein-Westfalen.

Eigene Darstellung.

Übersicht B 2

Finanzielle Leistungsfähigkeit

2.1 Steuern und steuerähnliche Einnahmen in € je Einwohner
Steuereinnahmen (netto), d.h. Steueraufkommen abzüglich Gewerbesteuerumlage/Einwohner am 30. Juni
Indikator der Steuerkraft
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg.) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

2.2 Gewerbesteuereinnahmen (brutto) in € je Einwohner
Aufkommen der Gewerbesteuer aus Ertrag/Einwohner am 30. Juni
Indikator der Steuerkraft
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

2.3 Gewerbesteuerproduktivität 2001
Gewerbesteueraufkommen (brutto)/Steuerpflichtige
Indikator der Steuerkraft
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

2.4 Grundsteuer A in € je Einwohner
Grundsteuer A/Einwohner am 30. Juni
Indikator der Steuerkraft
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

2.5 Grundsteuer B in € je Einwohner
Grundsteuer B/Einwohner am 30. Juni
Indikator der Steuerkraft
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006- Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

2.6 Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in € je Einwohner
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer/Einwohner am 30. Juni
Indikator der Steuerkraft
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

2.7 Einkommensteuerproduktivität 2001
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer/Steuerpflichtige
Indikator der Steuerkraft
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

2.8 Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in € je Einwohner
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer/Einwohner am 30. Juni
Indikator der Finanzkraft
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006- Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

2.9 Schlüsselzuweisungen in € je Einwohner
Schlüsselzuweisungen/Einwohner am 30. Juni
Gemeinde und Gemeindeverbände erhalten im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs Schlüsselzuweisungen, die bemessen werden. Indikator der Finanzkraft
Datenquelle: Landesdatenbank NRW; Innenministerium NRW

2.10 Finanzkraft in € je Einwohner
(Steuern und steuerähnliche Einnahmen + Schlüsselzuweisungen)/Einwohner am 30. Juni
Indikator der Finanzkraft
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).; Landesdatenbank NRW; Innenministerium NRW

noch Übersicht B 2

2.11 Deckungsquote
(Bruttoeinnahmen des Verwaltungshaushalts - Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts)*100/Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts)
Eine negative Deckungsquote signalisiert ein strukturelles Defizit.
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

2.12 Schuldenstand der Verwaltung in € je Einwohner
Schuldenstand der Verwaltung/Einwohner am 30. Juni
Fundierte Schulden
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS NRW.

2.13 Schuldenstand der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe (ohne Krankenhäuser) in € je Einwohner
Schuldenstand der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe (ohne Krankenhäuser)/Einwohner am 30. Juni
Teil der ausgelagerten Verschuldung
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS NRW.

2.14 Kassenkredite in € je Einwohner
Kassenkredite/Einwohner am 30. Juni
Gemeinden und Gemeindeverbände dürfen fundierte Schulden nur zur Finanzierung von Investitionen aufnehmen. Kassenkredite sind nur erlaubt, um Fehlbeträge im Verwaltungshaushalt kurzfristig finanzieren zu können. Kassenkredite sind damit ein wichtiger Indikator für die finanzielle Anspannung kommunaler Haushalte bzw. einem strukturellen Konsolidierungsbedarf.
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS NRW.

2.15 Gesamtschulden (ohne Krankenhäuser) in € je Einwohner
(Schuldenstand der Verwaltung + Schuldenstand der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe+ Kassenkredite)/Einwohner am 30. Juni
Schulden der Gemeinden ohne rechtlich selbständige Einrichtungen und Unternehmen in privater Rechtsform.
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS NRW

2.16 Zinsausgaben in € je Einwohner
Zinsausgaben/Einwohner am 30. Juni
Zinsausgaben engen den finanziellen Handlungsspielraum ein.
Datenquelle: Landesdatenbank NRW.

2.17 Zinsen pro 1 000 € Schuldenstand
(Zinsen/Schuldenstand)*1000
Der Indikator zeigt die Finanzierungskosten an. Er reflektiert das Ergebnis des kommunalen Debt Management sowie die Beurteilung der Gemeinden als Kreditschuldner.
Datenquelle: Landesdatenbank NRW.

2.18 Nettozuführung zum Vermögenshaushalt je Einwohner
(Zuführung zum VMH ./. Zuführung zum VVH)/Einwohner am 30. Juni)
Indikator der finanziellen Leistungsfähigkeit.
Datenquelle: Landesdatenbank NRW.

2.19 Gesamtschulden pro € Steuern und steuerähnliche Einnahmen
Gesamtschulden/Steuern und steuerähnliche Einnahmen
Beurteilung der Verschuldung unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Leistungsfähigkeit.
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS NRW; LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006 - Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).

Eigene Darstellung.

Übersicht B 3

Ressourceneinsatz

3.1 Laufende Primärausgaben in € je Einwohner
(Bruttoausgaben des Verwaltungshaushalts – Zinsausgaben)/Einwohner am 30. Juni
Ausgaben, die auf das aktuelle Haushaltsgebaren zurückzuführen sind.
Datenquelle: LDS NRW (Hrsg,) (2006), NRW regional 2006- Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD).; Landesdatenbank NRW.

3.2 Personalausgaben in € je Einwohner
Personalausgaben/Einwohner am 30. Juni
Die Personalausgaben der Verwaltung umfassen im Wesentlichen die Dienst- und Versorgungsbezüge sowie die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und den Versorgungskassen.
Datenquelle: Landesdatenbank NRW.

3.3 Personalintensität insgesamt
(Vollzeitbeschäftigte+ 0,5*Teilzeitbeschäftigte) pro 1 000 Einwohner
Es handelt sich um das Personal der Verwaltung und der rechtlich unselbständigen Eigenbetriebe. Teilzeitbeschäftigte werden berücksichtigt, sofern sie mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit tätig sind. Zwei Teilzeitbeschäftigte wurden als ein Vollzeitbeschäftigter gewertet.
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS NRW.

3.4 Personalintensität Verwaltung
(Vollzeitbeschäftigte+ 0,5*Teilzeitbeschäftigtet) pro 1 000 Einwohner
Es handelt sich um das Personal der Verwaltung. Teilzeitbeschäftigte werden berücksichtigt, sofern sie mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit tätig sind. Zwei Teilzeitbeschäftigte wurden als ein Vollzeitbeschäftigter gewertet.
Datenquelle: Sonderauswertung des LDS NRW.

3.5 Verwaltungs- und Betriebsausgaben in € je Einwohner
Verwaltungs- und Betriebsausgaben/Einwohner am 30. Juni
Die sachlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben setzen sich u.a. zusammen aus den Ausgaben für die Unterhaltung der Grundstücke, baulichen Anlagen und sonstigem unbeweglichen Vermögen; Ausgaben für Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sowie sonstige Gebrauchsgegenstände; Mieten und Pachten; Ausgaben für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen sowie der Haltung von Fahrzeugen.
Datenquelle: Landesdatenbank NRW.

3.6 Sachinvestitionen in € je Einwohner
Sachinvestitionen/Einwohner 30. Juni
Bau- und Anlageinvestitionen.
Datenquelle: Landesdatenbank NRW.

3.7 Baumaßnahmen insgesamt in € je Einwohner
Baumaßnahmen/Einwohner 30. Juni
Datenquelle: Landesdatenbank NRW..

3.8 Schulbaumaßnahmen in € je Einwohner
Schulbaumaßnahmen/Einwohner 30. Juni
Datenquelle: Landesdatenbank NRW.

3.9 Straßenbaumaßnahmen in € je Einwohner
Straßenbaumaßnahmen/Einwohner 30. Juni
Datenquelle: Landesdatenbank NRW.

Eigene Darstellung.

Literaturverzeichnis

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2007), Wegweiser demographischer Wandel. Kommunale Daten. http://www.wegweiserdemographie.de/demowandel/suche/jsp /suche_checked.jsp?indikatorenwahl=6 (Stand 4. April 2007).

Bezirksregierung Detmold (2006), Haushaltsatzung für das Haushaltsjahr 2006 mit Haushaltsplan und Anlagen Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2006-2010. Bericht vom 27.06.2006 (Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld).

Bezirksregierung Düsseldorf (2005), Haushaltssatzung und Haushaltssicherung für das Haushaltsjahr 2005 der Stadt Mönchengladbach (Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach vom 15. Dezember 2005).

Blankart, Charles B. (2006), Öffentliche Finanzen in der Demokratie, 6. Auflage, Vahlens Handbücher der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Verlag Franz Vahlen, München.

Bogumil, J., Kuhlmann, S. und H. Wollmann (Hrsg.) (2004), Leistungsmessung und –vergleich in Politik und Verwaltung. Konzepte und Praxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Boustedt, O. und E. Dheus (1972), Gemeindetypisierung: Weiterentwicklung von Methoden zur Typisierung von Gemeinden, insbesondere von Städten, unter dem Gesichtspunkt der Bestimmung ihrer Wachstumskräfte und der Messung ihrer Attraktivität. Forschungsauftrag BMSt I 4-704102-66 (1971). Schriftenreihe des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen: 03;002. Bonn.

Breton, A. (1991), The Existence and Stability of Interjurisdictional Competition. In: Kenyon, D. A. and J. Kincaid (eds.): 37-56.

Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2006), INKAR 2005. Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung (CD). Bonn: BBR.

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) (2002), Städtetypen in Nordrhein-Westfalen. Gutachten im Auftrag der Enquetekommission „Die Zukunft der Städte in Nordrhein-Westfalen“. Endbericht.

Fertig, M., J. Kluve, C. M. Schmidt, H. Apel, W. Friedrich und H. Hägele (2004), Die Hartz-Gesetze zur Arbeitsmarktpolitik – Ein umfassendes Evaluationskonzept. RWI-Schriften, Heft 74. Essen.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2006a), Kommunalfinanzbericht November 2006. „Höhere Steuererträge – Chancen auf schnellere Konsolidierung“. Düsseldorf: Innenministerium NRW.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2006b), Kommunalfinanzbericht Juni 2006. „Mehreinnahmen aus der Gewerbesteuer – Mehrausgaben bei sozialen Leistungen: Anhaltende Finanzprobleme in vielen Gemeinden“. Düsseldorf: Innenministerium NRW.

Kenyon, D.A. and J. Kincaid (1991) (eds.), Competition among States and Local Governments: Efficiency and Equity in American Federalism. Washington D.C.: The Urban Institute Press.

Kuhlmann, S. (2005), Selbstevaluation durch Leistungsvergleiche in deutschen Kommunen. Zeitschrift für Evaluation: 7-28.

Kuhlmann, S. (2004), Interkommunaler Leistungsvergleich in Deutschland: Zwischen Transparenzgebot und Politikprozess. In: Bogumil, J., Kuhlmann S. und H. Wollmann (Hrsg.) (2004): 94-122.

LDS NRW – Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2007), Gemeindefinanzen in Nordrhein-Westfalen. 1. Januar bis 31. Dezember 2006. Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik. Düsseldorf: LDS NRW.

LDS NRW - Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (2006), NRW regional 2006- Statistische Informationen für die Gemeinden und Kreise NRWs (DVD). Düsseldorf.

RWI Essen (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (2001), Zur Berücksichtigung kommunaler Sonderbedarfe im Länderfinanzausgleich aus finanzwissenschaftlicher Sicht. Gutachten im Auftrag des Finanzministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen.

Sachs, L. (2002), Angewandte Statistik. Anwendung Statistischer Methoden. 10., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Berlin und Heidelberg: Springer.

Schwabe, J. und W. Sundermann (1995), Kommunalverfassung in Nordrhein-Westfalen. DVP-Schriftenreihe Grundriss. 5. vollständig überarbeitete Auflage. Hamburg: Maximilian-Verlag.

Schwarting, G. (2006), Der kommunale Haushalt. Haushaltswirtschaft, Haushaltssteuerung, Kameralistik und Doppik. 3. überarbeitete Aufl., Berlin: Erich Schmidt Verlag.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006), Öffentliche Finanzen. Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts 2004. Fachserie 14, Reihe 14, 3.1. Wiesbaden: DESTATIS.